

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 7

vom 15. Februar 2008
Redaktion: Katja Richardt

Hamburg Wahl 2008

Hamburg – Wahl 2008: Telefonhotline 427 428 wird gut angenommen.....3

Wirtschaft und Arbeit

Modernste Heiztechnik in Hamburgs öffentlichen Gebäuden.....4

Heidelberger Druckmaschinen Vertrieb zieht nach Harburg5

Öl-Raffinerie in Hamburg-Neuhof wird ausgebaut7

Bau und Verkehr

Bahnhof Barmbek: Finanzierung gesichert.....8

Schilderwald im Kontorhaus-Viertel wird gelichtet 10

Umwelt

Solarpreises 2007 geht an Harburger Maschinenbau-Fabrik..... 12

Natur, Energie, Klimaschutz UmwelterlebnisPark Karlshöhe 14

Fakten gegen Wahlk(r)ampf UmwelterlebnisPark Karlshöhe 16

Soziales und Familie

Zahl der Geburten in den Hamburger Kliniken 2007 erneut gestiegen..... 17

Nützliche Informationen „rund ums Kind“..... 19

Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung21

Aktionstag weckt Interesse an sozialen Berufen.....23

Gesundheit

Rahmenvereinbarung zur Kooperation „Suchtgefährdete und sucht-krank Schwangere“
unterzeichnet.....25

Finanzen

Anhandgabe städtischer Grundstücke ist transparent27

Sitzung der Kommission für Bodenordnung: Immobilie Stadthausbrücke – Alle Akten
vorgelegt29

Bildung

Im Jahr der Mathematik setzt Hamburg neue Impulse für attraktiven Mathematikunterricht .31

Inneres

Kriminalstatistik fast auf Vorjahresstand, geringfügige Steigerung um 0,2%33

Stiftungswesen

Stiftungshauptstadt Hamburg: 67 neu gegründete Stiftungen in 200736

Europa

EU-Reformvertrag: Hamburg für die möglichst schnelle Ratifizierung.....37

Städtepartnerschaften

Abkommen mit St. Petersburg: Neue Grundlage für die lange Städtepartnerschaft.....41

Kultur

Erste Evaluationsergebnisse zum Leseförderprojekt Buchstart42

Netzwerk verbindet Schulen mit Kultureinrichtungen44

Sport

Eissporthalle Farmsen wird mit städtischem und privatem Kapital modernisiert45

Zur Information

Terminkalender46

15. Februar 2008 / bfi15

Hamburg – Wahl 2008: Telefonhotline 427 428 wird gut angenommen

Als besonderen Service für die Hamburgerinnen und Hamburger hat das Landeswahlamt in der vergangenen Woche eine Telefonhotline eingerichtet. Unter der

Telefon-Nummer 427 428

informieren 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kompetent über das neue Wahlrecht und beantworten alle Fragen im Zusammenhang mit der Hamburg-Wahl.

Ca. 3000 Anrufe liefen bislang bei der Hotline auf. Die häufigsten Fragen hingen mit der Briefwahl zusammen. Viele erkundigten sich, wie sie schnell die Briefwahlunterlagen erhalten können. Bis Mittwochabend haben die Wahldienststellen bereits 158.735 Briefwahlunterlagen verschickt.

Auch kuriose Anrufe waren dabei. Beispielsweise hat der Hund einer Hamburgerin die Wahlbenachrichtigungskarte der Frau aufgeessen. Selbstverständlich konnte auch hier geholfen werden und eine Ersatzkarte wurde zugestellt.

Die Hotline ist noch bis zum 22. Februar geschaltet. Von Montag bis Freitag, jeweils zwischen 07:30 Uhr und 18:00 Uhr, werden alle Fragen zur Hamburg-Wahl beantwortet.

Für Rückfragen:

Landeswahlamt

Ralf Kunz, Tel. 0 40 – 4 28 39-38 49
Email: Landeswahlamt@bfi-a.hamburg.de

11. Februar 2008 /bwa11a

Modernste Heiztechnik in Hamburgs öffentlichen Gebäuden

Mit Beginn der nächsten Heizperiode werden alle Gasheizungen in Hamburgs Schulen, Kindergärten oder Verwaltungsgebäuden mit modernster Brennwertechnik ausgerüstet sein.

Ein mehrjähriges Kesselaustauschprogramm für die öffentlichen Gebäude kommt jetzt mit der Vergabe einer letzten Tranche von 40 Kesseln zum Abschluss. In sechs Tranchen wurden rd. 600 veraltete Heizkessel durch energieeffiziente Brennwertgeräte ersetzt. Bei dieser Technik wird zusätzlich ein Teil der im Abgas enthaltenen latenten Wärme nutzbar gemacht. Dies erhöht den Wirkungsgrad und der Energieverbrauch sinkt. Die zusätzlich eingebaute zeitgemäße Regelungstechnik ermöglicht eine optimierte Betriebsweise und erhöht so die Einsparquote.

Das Programm wurde mit der ambitionierten Zielsetzung begonnen, in möglichst kurzer Zeit die alten Heizkessel zu erneuern, um die Energiekosten zu senken und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Dabei sollten auch die früher üblicherweise viel zu groß ausgelegten Kessel dem tatsächlichen Bedarf entsprechend verkleinert werden und es sollten nicht zuletzt auch möglichst viele Heizzentralen mit den knappen Haushaltsmitteln saniert werden.

Die Ergebnisse können sich sehen lassen. Durch ein ausgefeiltes Logistikkonzept und Auftragsbündelung konnten die Investitionskosten niedrig gehalten werden. Standardisierte technische Konzepte erleichtern künftig Betrieb und Wartung.

Die eingesparte Jahres-Brennstoffmenge beträgt rund 46.000 MWh pro Jahr. Der Ausstoß des Klimagases CO₂ verringert sich so um mehr als 9.000 Tonnen pro Jahr. Diese Menge entspricht den CO₂ – Emissionen von rund 3.200 Erdgas beheizten Wohnungen von 70 m² Größe und 200 kWh/m²a spezifischem Verbrauch. Um diese Ergebnisse zu erreichen, hat die Stadt insgesamt rund 18 Mio. Euro investiert. Dem steht allerdings auch die stattliche Gaskostenreduzierung um jährlich rund 2,13 Mio. Euro gegenüber.

Senator Gunnar Uldall: „Hamburg senkt seine Betriebskosten und den CO₂-Ausstoß. Regionale Unternehmen konnten sich über zusätzliche Aufträge freuen. Das Kesseltauschprogramm ist für das Klima und Hamburg ein voller Erfolg.“

Rückfragen:
Behörde für Wirtschaft und Arbeit
Pressestelle
Tel.: (040) 42841 - 1627; Fax: 4279 41 481
pressestelle@bwa.hamburg.de
Im Internet: www.bwa.hamburg.de

12. Februar 2008/ bwa12

Heidelberger Druckmaschinen Vertrieb zieht nach Harburg

150 neue Arbeitsplätze in der Norddeutschland-Zentrale

Die Heidelberger Druckmaschinen Vertrieb Deutschland GmbH wird ihren Vertriebs- und Servicebereich Nord in die Hannoversche Straße in Harburg verlegen. **Senator Gunnar Uldall**, Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit und **Jörn Gossé**, Leiter der Region Nord der Heidelberger Druckmaschinen Vertrieb Deutschland GmbH, stellten heute die Umzugspläne vor: Die beiden bisherigen Standorte Norderstedt und Langenhagen bei Hannover mit insgesamt rd. 150 Mitarbeitern (einschließlich Außendienst) werden auf dem Gelände der New-York Hamburger Gummi-Waaren Compagnie AG vereint. Die Aufnahme der Aktivitäten am neuen Standort ist bereits für Anfang 2009 vorgesehen.

Der Vertriebsbereich Nord des Weltmarktführers für integrierte Drucksysteme des Bogenoffsetdruckes reicht von Bielefeld im Süden bis zu dänischen Grenze im Norden sowie von der holländischen Grenze im Westen bis nach Magdeburg im Osten und umfasst rund 2.500 überwiegend mittelständische Kunden. Es werden alle Produkte der Heidelberger Druckmaschinen AG vertrieben und der entsprechende Service hierfür erbracht.

Senator Gunnar Uldall: „Die Standortwahl des Unternehmens unterstreicht die Attraktivität, die Harburg inzwischen wieder erlangt hat. Sie unterstützt den positiven Strukturwandel in dieser Region und schafft neue Arbeitsplätze für Hamburg.“

Jörn Gossé: „Ausgangssituation für eine räumliche Veränderung der Heidelberg Deutschland Vertriebsorganisation in der Region Nord sind zwei Niederlassungen in Norderstedt und Langenhagen, die älter als 40 Jahre sind und entsprechend nicht mehr ‚zeitgemäß‘ sind. Da eine Sanierung der heutigen Gebäude wirtschaftlich nicht sinnvoll ist, hat Heidelberg sich entschlossen im Zuge einer weiteren Optimierung seiner Service- und Verkaufsorganisation die beiden Niederlassungen an einem neuen Standort zusammenzulegen.“

Die gute Erreichbarkeit des Standortes für unsere Kunden, die sich zu über 60 Prozent südlich der Elbe befinden, sowie die Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr für unsere Mitarbeiter sind ausschlaggebende Punkte, die unsere Wahl auf Harburg fallen ließen.

Nicht zuletzt die bereits vorhandene Infrastruktur sowie die Bebauungspläne rund um den Harburger Hafen waren weitere Pluspunkte für die ‚Standortentscheidung Harburg‘. Mit einem neuen Showroom und entsprechenden Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, bekennen wir uns einmal mehr zu den Wünschen unserer Kunden. Mit jährlich über 3.000 Kundenbesuchen ist Heidelberg in Harburg das Vorführcentrum der Branche im Norden der Republik.

Wir freuen uns auf unser ‚neues Zuhause‘ und bedanken uns beim Hamburger Senat und dem Bezirk Harburg für die Unterstützung unseres Vorhabens.“

Jörn Gossé führte weiter aus, dass die Heidelberger Druckmaschinen AG der Weltmarktführer für die graphische Industrie sei. Entgegen dem aktuellen Trend, Serviceabteilungen auszugliedern, baue die Heidelberger Druckmaschinen AG auf einen starken eigenen Service. Mit 250 Niederlassungen in 170 Ländern lebe das Unternehmen eine Kundennähe, die ihres gleichen suche. Sein weltumspannender Service mit rund 5.200 Vertriebs- und Service-Spezialisten gewährleiste trotz hoher Installationsdichte eine schnelle Unterstützung und persönliche Betreuung. Dies sei ein entscheidender Wettbewerbsvorteil.

In Deutschland übernimmt die Heidelberger Druckmaschinen Vertrieb Deutschland GmbH die Aufgaben von Vertrieb und Service der Heidelberg-Produkte. Nahezu 13 Prozent des Konzernumsatzes von 3,8 Mrd. Euro werden von der deutschen Vertriebs- und Serviceorganisation erwirtschaftet. Neben Standorten in München, Heidelberg, Düsseldorf und Berlin ist die Region Nord künftig am Standort Hamburg vertreten.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit,
Arne v. Maydell, Pressestelle
Tel.: (040) 42841-3015; Fax: 4279 41 481
pressestelle@bwa.hamburg.de
Im Internet: www.bwa.hamburg.de

14. Februar 2008/ bwa14

Öl-Raffinerie in Hamburg-Neuhof wird ausgebaut

Senator Uldall würdigt Bekenntnis zum Industriestandort

Mit einem Investitionsvolumen von 100 Mio. Euro baut die H&R WASAG AG in den kommenden Jahren die Raffinerie in Hamburg-Neuhof aus. Nach der Übernahme der Anlage von BP plc im Jahr 2004 richtet sich das Unternehmen damit strategisch zu einem weltweiten Anbieter von rohölbasierten Spezialprodukten aus.

Zum geplanten Ausbau der Raffinerie gehören die Schaffung eines Produktionszentrums für chemisch-pharmazeutische Spezialitäten, die Ausrichtung als Kompetenzzentrum für Prozessöle sowie der Aufbau eines Zentrums für Marine-Schmierstoffen für Norddeutschland und Skandinavien.

Der Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, **Senator Gunnar Uldall**: "Insbesondere für Marine-Schmierstoffe und deren Umschlag ist die Leistungsfähigkeit des Hamburger Hafens ein wichtiger Standortvorteil."

Mit der Inbetriebnahme des neuen Filters der Entparaffinierungsanlage am heutigen Donnerstag wird **Senator Uldall** den symbolischen Startschuss für die Investition geben. **Senator Uldall**: "Diese Investition der H&R WASAG AG ist ein klares Bekenntnis zum Industriestandort Hamburg und auch ein deutliches Signal an die gut 200 Mitarbeiter in Hamburg: Neuhof hat Zukunft. Ich freue mich besonders, dass mit dieser Investitionsentscheidung ein wichtiges industriepolitisches Signal verbunden ist: Hamburg ist als Standort für die Grundstoffindustrie international wettbewerbsfähig."

H&R WASAG AG ist in Hamburg ansässig und ist vor allem im Geschäftsfeld der Spezialchemikalien tätig. Weitere Geschäftsfelder sind Kunststoffverarbeitung und Formenbau.

Rückfragen:

Behörde für Wirtschaft und Arbeit

Pressestelle

Tel.: (040) 428 41 - 3015; Fax: 4279 41 - 481

pressestelle@bwa.hamburg.de; Im Internet: www.bwa.hamburg.de

12. Februar 2008/bsu12a

Bahnhof Barmbek: Finanzierung gesichert

Baubeginn noch in 2008 möglich

Die umfangreichen Umbauarbeiten am und rund um den Bahnhof Barmbek können noch in diesem Jahr beginnen. Entwurf und Kosten wurden jetzt von der Behörde auf Plausibilität geprüft. Auf Basis dieser Planungen liegen die Kosten heute bei 24,5 Millionen Euro und werden gemäß Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) und Regionalisierungsgesetz finanziert. In den nächsten Schritten müssen Senat und Bürgerschaft beteiligt werden. Ab Herbst 2008 könnten die Aufträge für den 1. Bauabschnitt an der Südseite des Bahnhofs (Wiesendamm) vergeben werden. Bei einem anschließenden Baubeginn würde bis 2011 am Bahnhof und dem Bahnhofsumfeld gearbeitet werden.

Stadtentwicklungssenator Axel Gedaschko: Der Knoten ist endlich geplatzt. Wenn die nächste Bürgerschaft den Planungen und Kosten zustimmt, kann noch in diesem Jahr begonnen werden. Für die Menschen im Quartier ist der Umbau ein ganz wichtiger Schritt. Nicht nur der Bahnhof, sondern das gesamte Umfeld wird endlich aufgewertet. Diese Entwicklung wird den ganzen Stadtteil positiv beeinflussen.

Kernpunkt der Maßnahmen ist der Ersatz der alten Busumsteigeanlage (ZOB) durch einen Neubau mit transparenter Überdachung zu beiden Seiten des Bahndammes. Dafür sind umfangreiche verkehrstechnische und straßenbautechnische Arbeiten erforderlich, die vom Bezirk Nord geplant und durchgeführt werden.

Ein weiteres Ziel ist die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu den Bahnanlagen, damit die Verknüpfung von Schienenverkehr und Busbetrieb optimiert wird. Die städtebaulich trennende Wirkung der Bahnanlage soll durch eine beidseitige Aufweitung der westlichen Zugangsbereiche und einen zweiten Durchstich im Osten (Wiesendamm/Pestalozzistraße) aufgehoben werden.

Im Jahre 2004 wurde ein öffentlicher Ideenwettbewerb zur Gestaltung des Umfeldes des Schnellbahnknotens durchgeführt. Unter Federführung der BSU waren die HOCHBAHN, die Deutsche Bahn AG und das Bezirksamt Hamburg-Nord maßgeblich beteiligt.

Die Umsteigehaltestelle Barmbek wurde 1965 in Betrieb genommen. Sie stellt einen der größten Verkehrsknotenpunkte zwischen Schnellbahn- und Omnibus-System im Hamburger Nahverkehr dar. Die Busanlage und ihr Umfeld werden täglich von etwa 60.000 Bürgerinnen und Bürgern genutzt, davon rd. 40.000 Fahrgäste der Buslinien. Die Anlage wird von 9 Buslinien und 3 Nachtbuslinien bedient. Sie wird täglich von ca. 2.200 Bussen im Linienbetrieb angefahren und verlassen. Zusätzlich sind zur Abwicklung des Linienbetriebes ca. 200 Ein- und Aussetzfahrten erforderlich. Die ca. 2.400 Busfahrten belasten die Straßen und Knotenpunkte im Umfeld des Barmbeker Bahnhofs erheblich.

Die Maßnahmen im Einzelnen:

Maßnahmen der HOCHBAHN

- Neubau der Busanlage
- Aufweitung Schalterhalle West (Seite Wiesendamm)
- Umbau Zugang Schalterhalle Ost (Seite Wiesendamm)
- Neubau/ Sanierung Klinkerwand Südseite

Maßnahmen der DB

- Aufweitung Schalterhalle West (Krüsisstraße)
Erneuerung von 3 Gleisbrücken, Erneuerung
Aufzug zum S-Bahnsteig
- Öffnung Schalterhalle Ost (Pestalozzistraße) mit Durchstich
- Neubau/ Sanierung Klinkerwand Nordseite

Maßnahmen Bezirk Nord

- Straßenbau, Busspuren, Haltebuchten etc.
- Verkehrslenkende Maßnahmen
- Maßnahmen zur Verbesserung des städtebaulichen Umfeldes

Rückfragen: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle, T: 42840-2051 oder -2058, -3063, -3249, www.bsu.hamburg.de, pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de

12. Februar 2008/Bf112

Hamburg macht „Klar Schiff“

Schilderwald im Kontorhaus-Viertel wird gelichtet

**Innensenator Udo Nagel, Staatsrat Gerhard Fuchs und
Bezirksamtsleiter Markus Schreiber stellen schilderlose
Haltverbotmarkierung vor**

Das "Kontorhausviertel" ist eines von sieben Hamburger Pilotgebieten im Rahmen des Senatsprogramms „Klar Schiff! Hamburg“. Heute gab Innensenator Udo Nagel zusammen mit Staatsrat Gerhard Fuchs, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt sowie Markus Schreiber, Leiter des Bezirksamtes Mitte, den Startschuss zur Lichtung des Schilderwaldes.

Mit diesem Programm wird an die guten Erfahrungen mit der Zonenbeschilderung in der Straße Neuer Wall angeknüpft. Zusammen mit den dort ansässigen Grundeigentümern und Einzelhändlern des Business Improvement Districts (BID) Neuer Wall wurden neue Wege beschritten, um durch eine möglichst geringe Beschilderung dem Straßenraum eine bessere städtebauliche Qualität zu verleihen.

Nun werden auch innerhalb der neuen Zone "Kontorhausviertel" alle Parkplatzbeschilderungen entfallen, eine Vielzahl von Beschilderungen für Haltverbote sowie weitere entbehrliche Verkehrszeichen entfernt. An den Eingangsstraßen des „Kontorhausviertels“ werden Schilder darauf hinweisen, dass innerhalb des Gebietes generell ein eingeschränktes Haltverbot angeordnet ist. Dadurch können die zahlreichen Schilder zur Regelung des ruhenden Verkehrs entfallen. Auf den Parkflächen in den Seitenstreifen und auf den gebauten Parkplätzen darf - wie bisher - gebührenpflichtig geparkt werden, ebenso am Fahrbahnrand, soweit dies ohne Behinderung möglich ist. Die Parkscheinautomaten gelten in der Zeit von 9 Uhr bis 20 Uhr und sind damit an die geänderten Geschäftszeiten angepasst. In den Ladezonen, die ebenfalls in der Zeit zwischen 9 Uhr bis 20 Uhr zum Be- und Entladen genutzt werden, darf in dieser Zeit nicht geparkt werden.

Im Pilotgebiet der Harburger Innenstadt ist die Lichtung des Schilderwaldes bereits fast abgeschlossen. Zur Bereinigung des Straßenraums sind 75 % der Schilder und über 40 Metallbügel, Holzpoller und andere Absperrelemente entfernt wurden.

Innensenator Udo Nagel: „Dass die Überprüfung der Pilotgebiete den Abbau von einem Drittel der Schilder ergeben hat zeigt, wie notwendig meine Initiative im Bundesrat war. Nicht nur das Erscheinungsbild im öffentlichen Raum wird durch den Abbau enorm verbessert, sondern er dient auch der Verkehrssicherheit. Durch die bessere Übersicht können sich Verkehrsteilnehmer mehr auf das Geschehen im Straßenverkehr konzentrieren.“

Staatsrat Gerhard Fuchs: „ Die Senatsinitiative „Klar Schiff! Hamburg“ ist ein voller Erfolg: die Lichtung des Schilderwaldes ist dafür ein sichtbares Beispiel. Zahlreiche weitere Aktivitäten sorgen dafür, unser Stadtbild zu verbessern. Spielplätze, Straßenränder und Uferzonen werden gereinigt, die Stadt wird insgesamt sauberer. Dafür sorgen im Rahmen des Programms auch 15 Kümmerer, die ein Auge auf ihr Quartier haben und dort mit anpacken, wo es nötig ist.“

Hintergrundinformation:

Von den Bezirksämtern wurden sieben Gebiete vorgeschlagen, die als Pilotgebiete für das Senatsprojekt „Klar Schiff Hamburg“ umgewandelt werden. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Straßenverkehrsbehörden (Behörde für Inneres) und der Straßenbaubehörden (Bezirksämter) führten bei gemeinsamen Begehungen Bestandsaufnahmen durch. Jedes vorhandene Verkehrszeichen wird auf seine Notwendigkeit hin beurteilt. Die erforderlichen Verkehrszeichen werden daraufhin beurteilt, ob sie gereinigt, gerichtet oder erneuert werden müssen. Als überflüssig identifizierte Verkehrszeichen werden zum Abbau freigegeben.

Von bisher 1620 überprüften Verkehrszeichen (VZ) wurden mehr als ein Drittel als überflüssig identifiziert. Die als unverzichtbar beurteilten Verkehrszeichen wurden bei Bedarf erneuert, dabei konnten in vielen Fällen kleinere Verkehrszeichen verwendet werden.

Projektgebiet	geprüfte VZ	überflüssige VZ	erneuerungsbedürftige VZ
Altona: Blankenese (westl. Blankeneser Bahnhofstraße)	151	98	53
Bergedorf: Altbaugelände Bergedorf Süd	200	29	25
Eimsbüttel: Rothenbaumchaussee	450	70	350
Harburg: Harburg Zentrum 1	177	152	25
Mitte: Kontorhausviertel	229	142	8
Nord: Hohenfelde/Uhlenhorst	383	117	25
Wandsbek: Bramfelder Chaussee	30	1	16
Gesamt	1620	609	502

An der Burchardstraße wird als neuer Ansatz zur Lichtung des Schilderwaldes eine Referenzstrecke eingerichtet, die ein Haltverbot durch eine durchgehende gelbe Markierung am Fahrbahnrand kennzeichnet.

Auf Initiative Hamburgs hatte der Bundesrat am 9. November 2007 die Bundesregierung aufgefordert, die Straßenverkehrsordnung (StVO) dahingehend zu ändern, dass Halten und Parken am Fahrbahnrand auch durch Markierungen statt durch Schilder geregelt werden kann. Mitte Januar 2008 sprachen sich die zuständigen Fachreferenten der Länder und des Bundes auf ihrer turnusmäßigen Sitzung in Bonn einstimmig dafür aus, eine solche Regelung zunächst räumlich begrenzt in einem Modellversuch zu erproben, bevor sie allgemein bundesweit eingeführt wird. Damit haben Bund und Länder "Grünes Licht" für einen entsprechenden Modellversuch in Hamburg gegeben. Die Rechtsgrundlage für die Markierungen ist noch nicht vom Bund geschaffen, deshalb können die entsprechenden Verkehrszeichen noch nicht entfernt werden.

Für Rückfragen:

Ulrike Sweden, Behörde für Inneres, Tel. 428.39-2678

Kerstin Feddersen, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Tel. 428.40-2058

13. Februar 2008/bsu13

Solarpreises 2007 geht an Harburger Maschinenbau-Fabrik

Sonne-Holz-Kombi spart $\frac{3}{4}$ der Energiekosten

Bei der Maschinenbau-Fabrik Nitzbon & Partner GmbH in Hamburg-Harburg werden die rund 1.800 m² Werkstatthallen und 300 m² Büroräume von jetzt ab mit einer kombinierten Holzhackgut-Heizanlage im Keller und einer 80 m²-Solaranlage auf dem Fabrikdach beheizt und mit Warmwasser versorgt. Die alte 250kW-Ölheizung sowie der elektrisch betriebene 500 Liter Großwarmwasserspeichers wurden stillgelegt. 78 Prozent Energiekosten im Jahr werden so eingespart und der CO₂-Ausstoss deutlich reduziert.

Umweltsenator Axel Gedaschko: „Diese Anlage zeigt, wie Heizkosten gespart werden können und trotzdem nicht auf Komfort verzichtet werden muss. Die Kombination aus Sonnenwärme- und Biomassenenergie bedeutet eine 100%-ige Unabhängigkeit von Gas und Öl bei der Wärmeversorgung. Die Nutzung erneuerbarer Energien reduziert die CO₂-Emissionen deutlich und trägt aktiv zum Klimaschutz bei. Für ihr herausragendes Engagement zur Förderung der Solarenergie in Hamburg erhält die Firma Nitzbon & Partner zu Recht den Hamburger Solarpreis 2007.“

Durch einen großen Pufferspeicher von 6.000 Litern, an den die thermische Solaranlage und der Biomassekessel angeschlossen sind, können große Wärmespitzen gut abgedeckt und ein wirtschaftlicher Betrieb ermöglicht werden. Statt 16.460 Euro Energiekosten im Jahr fallen nur noch 3.600 Euro an. Eine Amortisation kann so in sieben Jahren erreicht werden.

Für die Zukunft ist geplant, auf 3 - 4 ha Land Miscanthus-Kulturen zur Deckung des Eigenenergiebedarfs anzupflanzen. Damit lassen sich die Energiekosten auf dann nur noch 2.000 Euro im Jahr senken und die Amortisationszeit weiter verkürzen. Die Investitionskosten für Nitzbon & Partner betragen rund 91.000 Euro. Im Rahmen von Förderprogrammen übernimmt die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) rund 20.000 Euro und der Bund 8.000 Euro. Die Anlage ist eine der ganz weniger Anlagen im gewerblichen Bereich.

Der Maschinen- und Stahlbaubetrieb Nitzbon & Partner GmbH ist Spezialist für technische Instandhaltung und Generalist für alle im Umfeld anfallenden Arbeiten. Projektiert und eingebaut wurde die Anlage von der Firma Stöver aus Himmelspforten (Landkreis Stade), die seit mehr als 150 Jahren Erfahrungen im Bereich der Haustechnik hat und spezialisiert ist auf alternative Energiekonzepte.

Neben den Programmen „Solarthermie“ und „Unternehmen für Ressourcenschutz“ wird die BSU im Rahmen des neuen Hamburger Förderprogramms „Heizung und Solarthermie“ ab dem 1. März 2008 auch eine Heizungsmodernisierung fördern, wenn gleichzeitig eine Solarkollektoranlage installiert wird.

Solarpreis: Im Rahmen der „Initiative Arbeit und Klimaschutz“ hat sich die Solarinitiative Nord das Ziel gesetzt, der Solarthermie in Hamburg zum Marktdurchbruch zu verhelfen. Aktivitäten sind insbesondere gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Erstellen von Fachinformationen, Qualifizierung von Handwerk und Planern, finanzielle Förderung und seit 1999 die Vergabe des Hamburger Solarpreises. Die Solarpreis-Urkunde wurde von Umweltsenator Axel Gedaschko und dem Technischen Leiter der Innung Sanitär Heizung Klima, Klaus Schröder, unterschrieben. Der Preis wird einvernehmlich in einer Sitzung der Solarinitiative beschlossen, die ein Zusammenschluss von mehreren Organisationen in Hamburg ist, die sich gemeinsam für den Ausbau der Solarthermie einsetzen. Preisträger im letzten Jahr war Bäderland Hamburg.

Rückfragen: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, T: 42840-2051 oder -2058, -3063, -3249

13. Februar 2008/bsu13

Natur, Energie, Klimaschutz

UmwelterlebnisPark Karlshöhe

Umweltsenator Axel Gedaschko: „Im UmwelterlebnisPark Karlshöhe wollen wir zeigen, wie man Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Alltag anpackt. Damit sich diese für unsere Zukunft entscheidenden Erkenntnisse so früh wie möglich einprägen, hat der UmwelterlebnisPark Karlshöhe ganz besonders Familien mit Kindern im Blick. Dazu wird Karlshöhe in den nächsten Jahren behutsam modernisiert und ausgebaut - behutsam in Bezug auf den besonderen Charme des Geländes und behutsam in Bezug auf Nachbarn und Quartier.“

Hauptprojekt ist die Modernisierung des historischen Stallgebäudes. Es soll energetisch saniert und ausgebaut werden, für die geplante Erlebnisausstellung, den Seminarraum, die Kinder-Forscherwerkstatt und den Gastronomiebetrieb. Außerdem werden der Rundweg des Außengeländes durch Naturerlebnisstationen erweitert, das Gutshaus renoviert und die Scheune und der Hof als zentrale Veranstaltungsfläche ausgebaut.

Die Aufträge gingen an das Hamburger Architektenbüro Dittert + Reumschüssel, die als Experten für energetische Altbausanierungen gelten. Sie haben für das Stallgebäude eine Planung vorgelegt, die die vorhandene Bausubstanz nur behutsam verändert. Prägende historische Bauelemente, wie Dach und Holztragwerk, bleiben weitgehend erhalten. Neue Teile, wie der Wintergarten als zusätzlicher Raum für die Gastronomie, sind zwar konsequent modern gestaltet, verfälschen jedoch das Gesamtbild des ehemaligen Stalls nicht. Dabei wird die Arbeit selbst Ausstellung für beispielhafte ressourcen- und energiesparende Altbausanierung in Zeiten des Klimawandels sein. Der sanierte Stall soll Referenzobjekt werden. Basis ist ausschließlich KfW-40-Standard.

„Roter Faden“ zur Vermittlung des Themenkomplexes Natur-Energie-Klimaschutz ist der Wandel der Jahreszeiten. Passend zur jeweiligen Jahreszeit werden Veranstaltungen zu saisonalen Themen angeboten: „Die Natur erwacht“ und „Sonnenwend-Fest“ im Frühling, „natürliche Gebäudekühlung“ im Sommer, „Windräder basteln“ im Herbst und Workshops zum Thema „Heizen und Dämmen“ schließen den Jahreskreislauf im Winter.

Im Kontext der Jahreszeiten steht auch die geplante Erlebnisausstellung „jahreszeit@hamburg: Natur-Energie-Klimaschutz“ (Arbeitstitel) im Obergeschoss des Stallgebäudes. Sie ist das eigentliche Herzstück des UmwelterlebnisParks Karlshöhe. Bei einem „Gang durch die Jahreszeiten“ stehen zwei Fragen im Vordergrund: Was können wir von der Natur lernen, um Energie einzusparen und wie funktionieren die natürlichen Prozesse? So können Besucher „im Frühlingsabschnitt“ versuchen, die Blätter von zwei künstlichen Pflanzen um die Wette so auszurichten, dass sie optimal von der „Sonne“ beschienen werden. Die Blätter der Pflanzen bestehen dabei aus Photovoltaik-Modulen, die Sonne ist eine Lampe. Die produzierte Energie kann an einem Energiemessgerät abgelesen werden. Ergänzt wird das Exponat durch Informationen zum Thema Chlorophyll und Photosynthese. Darauf aufbauend wird der Bezug zur Photovoltaiktechnik hergestellt und auf die geplante PV-Anlage auf dem Scheunendach verwiesen. Oder eine kleine Biogasanlage veranschaulicht die Gewinnung von Energie aus Biomasse im „Herbst“.

Die Finanzierung der rund 5,5 Millionen Investitionskosten übernimmt mit rund 4.6 Millionen Euro größtenteils die Stadt aus dem „Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010“. Fast 0,9 Millionen Euro steuert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) für den Ausstellungsbereich bei.

Dr. Fritz Brickwedde, Generalsekretär der DBU: „Umweltbildungseinrichtungen in Deutschland befinden sich überwiegend im ländlichen Bereich. Umso wichtiger ist es, für das Publikum auch in der Großstadt Angebote zu unterbreiten, die in der Bevölkerung tatsächlich angenommen werden. Das Zentrum Karlshöhe mit seinem attraktiven Außenbereich bietet besondere Möglichkeiten und Anreize, unterschiedliche Bevölkerungsgruppen in der Großstadt Hamburg anzusprechen. Die geplante Erlebnisausstellung passt hervorragend in ein solches Konzept.“ Das bestätige ja auch die Machbarkeitsstudie, die 2005 ebenfalls mit Mitteln der DBU finanziert worden sei.

13. Februar 2008/bsu13b

Fakten gegen Wahlk(r)ampf

UmwelterlebnisPark Karlshöhe

Der UmwelterlebnisPark Karlshöhe wird ein Umwelt- und Klimaschutzzentrum mit modernster Ausstellungstechnik zu den aktuellsten ökologischen Fragen auf einem Areal mit ländlichem Charme mitten in der Stadt. Der neue UmwelterlebnisPark Karlshöhe ist mit dem alten Hamburger Umweltzentrum Karlshöhe nicht zu vergleichen. Das alte Konzept hatte ausgedient und war nicht mehr zeitgemäß.

Die Organisationsform einer politikunabhängigen Stiftung ermöglicht Zustiftungen und kann durch ihre Zinseinkünfte die Betriebskosten der Stadt für Karlshöhe kontinuierlich senken und langfristig vielleicht sogar fast ganz aufbringen. Ihre Gründung wird zur Zeit vorbereitet.

Karlshöhe ist mitnichten abgelegen. Es liegt im bevölkerungsreichsten Hamburger Bezirk Wandsbek, hat eine eigene Bushaltstelle und ist auch mit der S-Bahn gut erreichbar. Die strengen Gutachter der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), die sich mit rund einer Million Euro an Karlshöhe beteiligt, haben gerade seine urbane Lage als besonderen Vorteil bezeichnet. Sonst liegen Infozentren dieser Größe in Nationalparks, hier mitten in der Stadt.

Kernstück des UmwelterlebnisParks Karlshöhe ist das Erleben der Jahreszeiten unter energetischen und bionischen Aspekten (von der Natur lernen) - eine Art von Natur- und Klimaschutzvermittlung, die in der Machbarkeitsstudie und wiederum von den DBU-Gutachtern als

besonders erfolgversprechend bezeichnet worden ist. Das ehemalige Hamburger Umweltzentrum Karlshöhe als „Umwelt- und Landschaftspflegehof“ weiter zu betreiben - wie es die GAL vorschlägt -, wäre ein Rückfall noch hinter das alte Konzept von 1989 und damit umweltpädagogisch völlig veraltet.

12. Februar 2008/bsg12

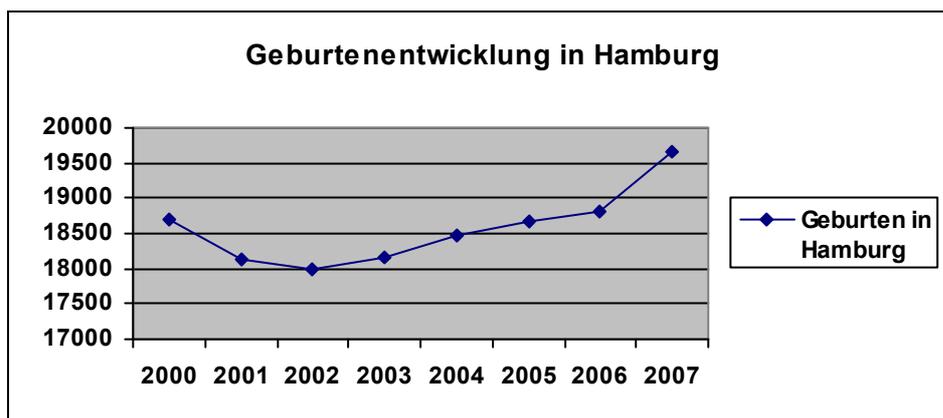
Der Storch schlägt in Hamburg gerne zu

Zahl der Geburten in den Hamburger Kliniken 2007 erneut gestiegen

Kinder zu kriegen ist in Hamburg „in“: In den 12 Geburtskliniken und dem Geburtshaus Hamburg hat es im vergangenen Jahr insgesamt 19.653 Geburten mit 20.084 geborenen Kindern gegeben. Gegenüber 2006 bedeutet dies eine Steigerung der Zahl der Geburten um 850. Damit verdoppelte sich die Steigerung der Geburten nochmals gegenüber dem Zeitraum von 2002 bis 2006 (plus 814 Geburten).

Die höchsten Geburtenzahlen haben die Geburtshilfen in der Asklepios Klinik Altona (2.786), die Asklepios Klinik Barmbek (2.674) sowie das Marienkrankenhaus (2.236) zu verzeichnen. Die höchste Steigerung meldet das Universitätsklinikum Eppendorf (UKE), das im vergangenen Jahr mit 1685 Geburten die Vorjahreszahl um 201 gesteigert hat.

Die steigenden Geburtenzahlen sind nicht nur Beleg, wie attraktiv Hamburg für Familien geworden ist, sondern auch Zeichen der guten Gesundheitsversorgung in der Stadt. Denn die hohe Attraktivität der Hamburger Geburtshilfen auch für Menschen aus dem Umland ist nach Überzeugung von **Hamburgs Zweiter Bürgermeisterin, Gesundheitssenatorin Birgit Schnieber-Jastram**, auf das sehr gute Versorgungsangebot für Frühgeborene und kranke Neugeborene zurückzuführen: „Hamburg ist als Gesundheitsstandort vorbildlich - auch wenn es um das Kinderkriegen geht. Deshalb dürfen wir auch zu Recht auf unsere Versorgungsangebote in der Geburtshilfe stolz sein. Dies ist ein wichtiger Beitrag für die wachsende und familienfreundliche Stadt.“



Krankenhaus	Geburten 2007
Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf * ++	1.685
Asklepios Klinik Barmbek * ++	2.674
Asklepios Klinik Altona * ++	2.786
Asklepios Klinik Harburg	787
Asklepios Klinik Nord * ++	1.924
Asklepios Klinik Wandsbek *	1.084
Albertinen-Krankenhaus *	1.922
Ev. Amalie-Sieveking-Krankenhaus	846
Bethesda Allg. Krankenhaus Bergedorf	919
Diakonie Klinikum Hamburg (BT Elim)	1.110
Krankenhaus Mariahilf *	1.537
Katholisches Marienkrankenhaus *	2.236
Krankenhäuser insgesamt	19.510
Geburtshaus in Hamburg e.V.	143
Geburten in Einrichtungen insgesamt	19.653

*Geburtshilfen mit neonatologischem Versorgungsangebot,

++ perinatologisches Zentrum

Quelle: Hamburger Krankenhäuser und Geburtshaus Hamburg

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

12. Februar 2008/bsg12a

**DEUTSCHER
KINDERSCHUTZBUND**
Landesverband Hamburg e.V.
die lobby für kinder

Nützliche Informationen „rund ums Kind“

Das Baby-Willkommenspaket geht in die zweite Verteilungsphase

„Kinder sind in unserer Stadt gern gesehen. Damit ihnen ein guter Start ins Leben ermöglicht wird, hält Hamburg ein vorbildliches Betreuungsangebot sowie zahlreiche Einrichtungen vor, die Eltern bei der Erziehung zur Seite stehen und Kinder in ihrer Entwicklung fördern“, sagt Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Familiensenatorin Birgit Schnieber-Jastram. Nützliche Informationen für junge Eltern enthält das Baby-Willkommenspaket „Rundum willkommen“ des Deutschen Kinderschutzbundes, welches seit Juli 2006 kostenlos an Mütter verteilt wird, die in einer Hamburger Geburtsklinik ihr Kind zur Welt bringen. Nach einer Überarbeitung der Inhalte haben Projekt-Schirmherrin Birgit Schnieber-Jastram, Uwe Hinrichs, Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes, Landesverband Hamburg e.V., und Cord Wöhlke, Geschäftsführer von Budnikowsky, heute im Marienkrankenhaus die zweite Verteilungsphase des Baby-Willkommenspaketes gestartet.

Rund 18.000 Mütter, die in Hamburger Geburtskliniken ihr Kind zur Welt gebracht haben, haben seit Juli 2006 das Baby-Willkommenspaket erhalten. „Ihnen wurden damit nützliche Informationen ‚rund ums Kind‘ an die Hand gegeben. Gleichzeitig wurden sie ermutigt, das umfangreiche Hamburger Unterstützungs- und Beratungsangebot in Anspruch zu nehmen, wenn sie Fragen zur Erziehung haben oder sonstige Hilfen brauchen“, sagt Bürgermeisterin Schnieber-Jastram. Ergänzt wurde das bisherige Informationspaket nun durch die Themen Frühgeburt, Entwicklungsstörungen, Kinder mit Behinderung, Kleinkindsicherheit im Haushalt sowie durch das Thema finanzielle Leistungen für Eltern. Außerdem wurde die beiliegende Broschüre „Wer mich begleitet...“ überarbeitet und aktualisiert. Sie nennt Beratungsstellen und Ansprechpartner der Gesundheitshilfe und der Familienförderung.

„Die Umsetzung des Projektes ist ein positives Beispiel für das Zusammenwirken verschiedener Partner“, so Uwe Hinrichs vom Kinderschutzbund. Der Verein hatte die Idee zum Baby-Willkommenspaket entwickelt und ist verantwortlich für die Inhalte sowie für die organisatorische Steuerung. Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz finanziert die Broschüre „Wer mich begleitet ...“. Das Unternehmen Budnikowsky beteiligt sich mit 43.000 Euro an den weiteren Kosten des Baby-

Willkommenspaketes und hat die Lagerung sowie die Verteilung der Pakete an die Geburtskliniken übernommen. Konfektioniert werden die Pakete von den Auszubildenden der Jugendbildung Hamburg.

Für Rückfragen der Medien:

<p>Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Jasmin Eisenhut Tel.: 4 28 63-28 89, Fax: 4 28 63-38 49 pressestelle@bsg.hamburg.de www.bsg.hamburg.de</p>	<p>Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Hamburg e.V. Uwe Hinrichs Tel. 432 927 41, Fax: 432 927 47 Hinrichs@kinderschutzbund- hamburg.de www.kinderschutzbund-hamburg.de</p>
--	--

13. Februar 2008/bsg13

Mehr Selbstbestimmung für Menschen mit geistiger Behinderung

330 stationäre Plätze in ambulantes Wohnen umgewandelt

„Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung können in Hamburg auf ein gut ausgebautes Hilfeangebot mit hohem Standard zurückgreifen. In den vergangenen Jahren haben wir das vorhandene System behutsam modernisiert, weiterentwickelt und wesentliche Grundlagen geschaffen, um die Teilhabe von behinderten Menschen nachhaltig zu verbessern“, sagt Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram. „Es leben heute mehr Menschen mit geistiger Behinderung in den eigenen vier Wänden als noch vor einigen Jahren. Sie haben dadurch mehr Privatsphäre und Selbständigkeit als in einer stationären Einrichtung. Zudem freut mich, dass auch immer mehr Menschen mit schwerer körperlicher Behinderung, die früher arbeitslos waren, heute in Lohn und Brot stehen. Allein in 2007 ging die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten um rund 1.000 zurück“, so Schnieber-Jastram weiter.

Rund 2.500 Menschen leben in Hamburg aufgrund einer geistigen Behinderung in einer stationären Einrichtung. Um diesen Menschen ein hohes Maß an Normalität und Privatsphäre zu ermöglichen, hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Anfang 2006 im Konsens mit Trägern von Betreuungseinrichtungen ein sogenanntes Ambulantisierungsprogramm auf den Weg gebracht. Es hat zum Ziel, in den nächsten Jahren insgesamt 770 stationäre Plätze in ambulant betreutes Wohnen umzuwandeln. Dieses im Ländervergleich hoch ambitionierte Vorhaben hat inzwischen Fahrt aufgenommen: Bisher sind rund 330 Menschen mit geistiger Behinderung in ambulante Betreuung gewechselt. Das Ambulantisierungsprogramm zeigt damit erste Erfolge.

„Mit der Ambulantisierung möchten wir behinderten Menschen ermöglichen, ihr Leben auf eigenen Wunsch hin selbstbestimmter zu verbringen. In der Anfangsphase bedurfte es viel Informationsarbeit, um über die Vorteile des ambulant betreuten Wohnens aufzuklären. Viele geistig behinderte Menschen waren sich unsicher, ob sie sich mehr Eigenständigkeit zutrauen können“, blickt Bürgermeisterin Schnieber-Jastram zurück. „Doch jetzt zeigt sich: Immer mehr Menschen, die geistig behindert sind, wissen das Wohnen in den eigenen vier Wänden zu schätzen. Ich bin mir sicher, dass das Ambulantisierungsprogramm weiter

Früchte tragen wird und in Zukunft noch mehr Menschen in Hamburg davon profitieren werden.“

Die Ambulantisierung bei der Behindertenbetreuung zielt vorrangig darauf ab, Menschen mit geistiger Behinderung ein selbständigeres und selbstbestimmteres Leben zu ermöglichen. Statt in einer stationären Einrichtung wohnen sie zum Beispiel in einer eigenen Wohnung und erhalten ganz individuell dort Hilfestellungen, wo sie benötigt werden.

Ein Nebeneffekt ist, dass eine passgenaue ambulante Unterstützung kostengünstiger ist als die Betreuung in einer stationären Einrichtung. So liegen die durchschnittlichen Aufwendungen pro Monat für eine stationäre Hilfe in Hamburg bei rund 2.950 Euro. Die monatlichen Aufwendungen für ambulante Hilfen – zusammengesetzt aus Betreuungskosten, Wohnkosten und Hilfen zum Lebensunterhalt – belaufen sich durchschnittlich auf knapp 2.600 Euro.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Jasmin Eisenhut

Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49

E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de

Internet: www.bsg.hamburg.de

14. Februar 2008/bsg14

„Was für Jungs“ auch in 2008

Aktionstag weckt Interesse an sozialen Berufen

Auch in diesem Jahr findet in Hamburg parallel zum Girls' Day am 24. April das Aktionsprojekt „Was für Jungs!“ statt, um bei Jungen das Interesse für die Arbeit in Kindertagesstätten, Grundschulen oder Betreuungseinrichtungen zu wecken und ihren beruflichen Horizont zu erweitern. In diesen Tagen werden an alle beteiligten Institutionen – unter anderem an Schulen - Informationsanlagen für „Was für Jungs! 2008“ verschickt. Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram: „Noch werden viele soziale Berufe hauptsächlich von Frauen ausgeübt. Mit dem Aktionstag ‚Was für Jungs‘ geben wir jungen Männern in diesem Jahr bereits zum fünften Mal die Möglichkeit, die Arbeit in Kitas, Grundschulen oder Pflegeheimen kennenzulernen und hautnah mitzuerleben. Sie können dort feststellen, dass sie willkommen sind, ihre Hilfe dankbar angenommen wird und gegebenenfalls ganz neue berufliche Perspektiven entwickeln.“

Neben eintägigen Praktika in pflegerischen, betreuenden und erzieherischen Berufsfeldern ermöglicht der Aktionstag die Teilnahme bei vielfältigen Mitmachveranstaltungen, bei denen insbesondere Alltagskompetenzen trainiert werden. So können Jungen zum Beispiel einen „Haushaltsführerschein“ erwerben, in einer „Büffetmeisterei“ kreativ werden, Kindern in der Kinderbibliothek vorlesen, einen Jugendleiter-Kursus beginnen oder sich als Babysitter üben. „Ich freue mich, dass von Jahr zu Jahr mehr Anbieter zu verzeichnen sind, die mit Begeisterung altersgerechte Angebote für Jungen entwickeln“, sagt Bürgermeisterin Schnieber-Jastram. „Ich bin mir sicher, dass der eine oder andere Junge durch den Aktionstag einen Praktikumsplatz finden wird oder darüber nachdenken wird, in einer sozialen Einrichtung eine Patenschaft zu übernehmen. Möglicherweise entwickelt sich später sogar ein Berufswunsch daraus, was angesichts der immer noch relativ wenigen Männer in sozialen Berufen wünschenswert wäre“, so Schnieber-Jastram weiter.

Weitere Informationen zum Aktionstag „Was für Jungs! 2008“, der von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz veranstaltet wird, sowie Platzangebote sind im Internet unter der Adresse www.wasfuerjungs.hamburg.de zu finden.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.bsg.hamburg.de

13. Februar 2008/bsg13a

Gemeinsame Hilfe von Anfang an Rahmenvereinbarung zur Kooperation „Suchtgefährdete und suchtkranke Schwangere“ unterzeichnet

Ein weiterer wichtiger Baustein der Senatsinitiative „Drogenfreie Kindheit und Jugend“ sowie des Handlungskonzeptes „Hamburg schützt seine Kinder“ ist umgesetzt worden: Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Hilfesysteme und Berufsfelder ziehen in Zukunft an einem Strang, um Familien, in denen eine Suchtgefährdung besteht, früher zu erreichen: Heute haben sie eine Rahmenvereinbarung unterzeichnet, die die interdisziplinäre Zusammenarbeit regelt und Standards zum Umgang mit suchtgefährdeten oder suchtkranken Schwangeren sowie Familien mit bis zu einjährigen Kindern setzt. Ziel ist, die Lebens- und Gesundheitssituation dieser Personengruppe berufsübergreifend zu berücksichtigen und zu deren Verbesserung beizutragen.

„Die Rahmenvereinbarung ist ein weiterer Schritt zu einem noch besseren Kinderschutz in Hamburg und bundesweit vorbildlich“, sagt Hamburgs Zweite Bürgermeisterin und Gesundheitssenatorin Birgit Schnieber-Jastram. „Mit der Gesundheitsbehörde tragen schon jetzt mehr als 50 Einrichtungen der medizinischen Versorgung, der Jugend- und Suchthilfe sowie der Schwangerschaftsberatung die Vereinbarung. Sie arbeiten künftig Hand in Hand, um suchtgefährdeten Frauen, die schwanger sind oder sehr kleine Kinder haben, individuell konkrete Hilfe anzubieten“, so Schnieber-Jastram weiter.

Mit der Umsetzung der Drucksache „Drogenfreie Kindheit und Jugend“ wurde in Hamburg eine konzeptionelle Grundlage für die Suchtprävention, Suchtberatung und -behandlung von Kindern und Jugendlichen geschaffen. Die nun unterzeichnete Rahmenvereinbarung baut darauf auf und hat insbesondere Familien, in denen eine Suchtgefährdung besteht, im Blickfeld. Sie sollen künftig so früh wie möglich – am besten schon während der Schwangerschaft - erreicht werden. Bürgermeisterin Schnieber-Jastram: „Hamburg verfügt über ein sehr umfassendes Hilfesystem. Schwangere, suchtgefährdete Frauen stehen jedoch unter besonderen Belastungen und sind oft nicht in der Lage, die zur Verfügung stehenden Unterstützungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen. Mit einer engeren

Vernetzung der unterschiedlichsten Angebote können wir diese Frauen und ihre Kinder jetzt sehr viel besser erreichen.“

Hierzu wird auch die bei der Hamburgischen Landesstelle für Suchtfragen eingerichtete Informations- und Vernetzungsstelle beitragen. Unter www.sucht.hh.de gibt es weitere Informationen.

Für Rückfragen der Medien:

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Tel: (040) 4 28 63 - 34 78, Fax: (040) 4 28 63 - 38 49,
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de, Internet: www.bsg.hamburg.de

11. Februar 2008/fb11

Anhandgabe städtischer Grundstücke ist transparent

Finanzbehörde hält jahrzehntelang übliches Verfahren ein, auch SPD-geführte Senate wählten Praxis der Direktvergabe

Die diese Woche von der unabhängigen Kommission für Bodenordnung zu begutachtende Anhandgabeempfehlung der Finanzbehörde für die Immobilie der Stadtentwicklungsbehörde an einen Investor entspricht in vollem Umfang einem transparenten und jahrzehntelang praktizierten Vergabeverfahren in Hamburg.

Wie seit vielen Jahren in Hamburg üblich, können unter klar definierten Voraussetzungen Nutzungskonzepte von Investoren für Immobilien, die die Stadt nicht mehr benötigt, für eine Direktvergabe in Betracht kommen. Ausschlaggebend hierfür ist, dass sowohl das Konzept als auch das Unternehmen selbst von der Hamburgischen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (HWF) als ein so genannter Wirtschaftsförderungsfall eingestuft wird. So in der Vergangenheit geschehen beim H&M-Zentrallager in Allermöhe (2006), bei Unilever in der HafenCity (2007) oder bei der noch laufenden Anhandgabe eines Grundstücks in der HafenCity für den SPIEGEL (2007). Auch unter dem letzten rot-grünen Senat war dieses Verfahren gängige Praxis. Beispiele: Direktvergabe Berliner Bogen für die Albingia (1998), IKEA Moorfleet (1999) oder Grundstück Deichtorcenter für Warner Music (2000). In allen Fällen hat die Kommission für Bodenordnung den Anhandgaben bzw. Direktvergaben zugestimmt. Städtische Grundstücksgeschäfte haben in Hamburg immer ein Höchstmaß an Transparenz.

Im konkreten Fall der Immobilie Stadthausbrücke war nicht nur die von der Finanzbehörde unabhängige HWF mit der Prüfung des attraktiven Investoren-Konzeptes für die Immobilie befasst. Ebenso prüften der Oberbaudirektor sowie die Kulturbehörde das Konzept auf stadtentwicklungspolitische und kulturhistorische Aspekte, die für die Stadt von herausgehobener Bedeutung sind. Alle am Verfahren Beteiligten bescheinigen dem Investor ausnahmslos ein stadtwirtschaftlich positives und förderungswürdiges Vorhaben. Ausschlaggebend für die in der Kommission für Bodenordnung zur Abstimmung stehende Anhandgabe ist das Votum der HWF sowie der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, die besonders hervorheben:

- Das Gesamtkonzept ist städtebaulich in doppelter Hinsicht herausragend, da zum einen die Belebung der gesamten westlichen City befördert wird (Bleichenfleet wird durch geplante Fleetarkaden samt innerstädtischem Wohnungsbau mit rund 80 bis 100 Wohnungen wieder erlebbar) und zum anderen der Denkmalschutz umfassend gewahrt wird.
- Hervorzuheben ist besonders, dass der historischen Bedeutung des Gebäudes als ehemaliger Sitz der SS und Gestapo durch die Einrichtung einer öffentlichen Gedenkstätte im Souterrain des Gebäudes dauerhaft Rechnung getragen wird.
- Schaffung von 206 neuen Arbeitsplätzen durch anzusiedelnde Fondsgesellschaften der Garbe Group sowie bis zu 75 neue Mitarbeiter durch die Ansiedelung von Stilwerk bezogenen Unternehmen.
- Das Stilwerk, als Galerie für Einrichtung, Design, Lifestyle und Mode, ist ein weit über die Grenzen Hamburgs hinaus bekanntes Konzept, das sich zunehmend als Exportschlager erweist (Stilwerk soll in Hamburg ein eigenes Cityhaus bekommen). Das bestehende Stilwerk in der Großen Elbstraße soll mit dem Schwerpunkt „Junge Designergeneration“ und einer Stiftung zur Förderung junger Designunternehmen umgenutzt werden.
- Der Preis ist von der unabhängigen Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte ermittelt worden (selbstständiger Ausschuss, deren Mitglieder überwiegend auf Vorschlag von Verbänden und Organisationen der Grundstückswirtschaft vom Senat bestellt werden). Der Investor hat vor dem Hintergrund des Denkmalschutzes zahlreiche Auflagen zu erfüllen und kann hierdurch anfallende grundstücksbedingte Mehrkosten nicht vom Kaufpreis absetzen.

Zum Verfahren: Zur Diskussion steht die Empfehlung einer Anhandgabe für 1 Jahr und keine Verkaufsentscheidung! Die Kommission für Bodenordnung ist jetzt Herrin des Verfahrens. Sie ist in ihrer Entscheidung frei und hat die Möglichkeit, die Vorlage zur Anhandgabe in die Bürgerschaft oder den eigenen Grundstücksausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Eine Entscheidung über den Verkauf der Immobilie kann voraussichtlich erst nach der Anhandgabefrist von einem 1 Jahr von der Kommission für Bodenordnung getroffen werden.

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Sebastian Panknin
 Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax - 2230
 E-Mail: sebastian.panknin@fb.hamburg.de
www.pressemeldungen.hamburg.de
www.finanzbehoerde.hamburg.de

14. Februar 2008/fb14a

Sitzung der Kommission für Bodenordnung: Immobilie Stadthausbrücke – Alle Akten vorgelegt

In der heutigen Sitzung der Kommission für Bodenordnung (KfB) hat die Finanzbehörde den Kommissionsmitgliedern alle Akten zur beabsichtigten Anhandgabe der Immobilie Stadthausbrücke an den Hamburger Investor Garbe vorgelegt.

Danach liegt eine Wirtschaftsförderungsmaßnahme für die Garbe Group vor, mit der die Schaffung von 206 neuen Arbeitsplätzen am ersten Arbeitsmarkt durch anzusiedelnde Fondsgesellschaften der Garbe Group sowie bis zu 75 neue Mitarbeiter durch die Ansiedelung von Stilwerk bezogenen Unternehmen verbunden ist.

Die für die Immobilie zugrunde liegende Kaufpreiserwartung von 46,9 Mio. Euro beträgt nach den Vorgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte (GAA) für das konkret vorgelegte Konzept der Garbe Group nach so genannten Schichtwerten (siehe Tabelle):

der GAA		Schichtwerte		
Nutzungsart	m ² BGF ca.	x	€/m ² /BGF	= Mio. €
Büros	17.350		1.250,--	21,69
Wohnungen	10.050		470,--	4,72
Einzelhandel (Stilwerk EG)	5.900		1.500,--	8,85
dto. 1. und 2. OG	9.300		1.250,--	11,63
			46,89	

Die Schichtwerte der GAA werden multipliziert mit der Zahl der jeweiligen qm Bruttogeschossfläche (BGF). Hiernach ergibt sich eine Kaufpreiserwartung für die Immobilie in Höhe von 46,9 Mio. Euro.

Das oben geschilderte Verfahren ist seit Jahrzehnten gelebte Praxis in Hamburg. Diese Verfahren haben ein Höchstmaß an Transparenz. Die Direktvergabe von Grundstücken im Rahmen der Wirtschaftsförderung – also ohne vorherige Ausschreibung der Immobilie – ist auch unter der SPD und Rot-Grün ständige Praxis gewesen. So wurden allein zwischen 1997 und Herbst 2001 26 Verkaufsfälle beschlossen, bei denen Grundstücke ohne Ausschreibung direkt an einen Investor vergeben wurden. Beispiele: Medienpark Kampnagel (1997), Berliner Bogen für die Albingia (1998), Grundstück Deichtorcenter für Warner Music (2000), Grundstück Kibbelsteg für SAP (2001) oder das Gelände Hammerbrookstraße für das Europa-Center (2001).

Auch in jüngster Vergangenheit hat sich das Verfahren der Wirtschaftsförderung bewährt. Beispiele: Areal Schlachthofstraße für die Handwerkskammer Hamburg (2005), H&M-Zentrallager in Allermöhe (2006), Grundstück für Greenpeace in der Hongkongstraße (2007), Unilever in der Hafencity (2007) oder die noch laufende Anhandgabe eines Grundstücks in der Hafencity für den SPIEGEL (2007).

Senator Dr. Michael Freytag: „Das gesamte Verfahren ist transparent und in allen Details nachprüfbar. Ich lasse die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzbehörde nicht als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung denunzieren. Die in der Presse zitierten Mafia-Vergleiche von Herrn Lieven (GAL) und Herrn Neumann (SPD) sind ungeheuerlich. Die damit ebenfalls verbundene Unterstellung, auch die Hamburger Immobilienwirtschaft sei Teil der Organisierten Kriminalität, fügt dem Wirtschaftsstandort Hamburg schweren Schaden zu. Beide Herren fordere ich auf, ihre Äußerungen unverzüglich zurückzunehmen und sich bei meinen Mitarbeitern zu entschuldigen.“

Rückfragen:

Pressestelle der Finanzbehörde, Sebastian Panknin
Telefon (040) 428 23 - 1662, Telefax - 2230
E-Mail: sebastian.panknin@fb.hamburg.de
www.pressemeldungen.hamburg.de
www.finanzbehoerde.hamburg.de

Im Jahr der Mathematik setzt Hamburg neue Impulse für attraktiven Mathematikunterricht

Mathematische Kenntnisse braucht jeder sein Leben lang. Mathematikunterricht soll deswegen lebensnah sein, Spaß machen und zum eigenverantwortlichen Lernen anregen, in der Grundschule wie in den weiterführenden Schulen. Wie groß diese Herausforderung ist, wissen viele aus ihrer Schulzeit oder seit der Veröffentlichung der Ergebnisse der TIMSS- und PISA-Studien. Damit der Mathematikunterricht in Hamburgs Schulen attraktiver wird, bietet das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung (LI) jetzt anlässlich des „Jahres der Mathematik 2008“ zahlreiche Veranstaltungen für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für Eltern und Schülerinnen und Schüler an.

Zum Auftakt lädt das LI zur Ausstellung „Mathematik zum Anfassen“ des Mathematikums Gießen ein. Die Besucher führen an 25 Stationen selbstständig Experimente durch, knacken geheime Botschaften, erlaufen mathematische Funktionen und bauen Brücken wie einst Leonardo da Vinci. Die Ausstellung ist vom **18. bis 26. Februar** montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr und samstags und sonntags von 10 bis 16 Uhr in den Räumen der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1 (Westflügel) geöffnet. Sie findet in Kooperation mit dem Department Mathematik der Universität Hamburg statt.

Der Erfinder dieser Ausstellung und bekannte Wissenschaftler Prof. Dr. Albrecht Beutelspacher eröffnet am Freitag, dem **22.2.** die LI- Tagung „Mathematische Kompetenzen fördern - Neue Impulse für den Mathematikunterricht in der Sekundarstufe I“. In seinem Vortrag zum Thema „Mathematische Experimente“ zeigt er, wie spannend und unterhaltsam Mathematik sein kann. Der öffentliche Vortrag beginnt um 16 Uhr im Hörsaal A vom Department Chemie der Uni am Martin-Luther-King-Platz 6.

Am Samstag, dem **23.2.** wird die Fachtagung im Landesinstitut, Felix-Dahn-Straße 3 ganztägig mit zahlreichen Vorträgen und Workshops und mit Referenten aus der Schweiz und dem Bundesgebiet fortgesetzt. Interessierte Lehrkräfte können sich noch bis zum 12.2. im Landesinstitut anmelden.

Mit praxisorientierten Informationsveranstaltungen gibt das LI - neben seinen schulgenauen und nachfrageorientierten Fortbildungs- und Beratungsangeboten - weitere Impulse. So am

5. März mit einer öffentlichen Vortragsveranstaltung mit Roland Bauer zum Thema „Differenziertes Arbeiten in einem zeitgemäßen und kindgerechten Grundschul-Mathematikunterricht“. Mit Unterstützung durch neue Unterrichtsmaterialien sollen die individuellen Voraussetzungen der Kinder erkannt und deren individuelles Lerntempo angenommen werden, um kindgerechtes Lernen zu ermöglichen.

Am **16. April 2008** findet am Landesinstitut eine Vortragsveranstaltung mit Prof. Dr. Petra Scherer (Universität Bielefeld) zum Thema „Anregung mathematischer Lern- und Denkprozesse durch Bilderbücher“ bei Kindergartenkindern statt. Im Rahmen des Vortrags werden Ergebnisse einer internationalen Studie mit 5-jährigen Kindergartenkindern vorgestellt, denen das Buch `Fünfter sein` (Ernst Jandl/Norman Junge) vorgelesen wurde. Folgerungen und Perspektiven für den mathematischen Anfangsunterricht schließen sich an.

Weitere Veranstaltungshinweise und Informationen finden Sie im Internet unter
www.li-hamburg.de

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an
Karsten Patzer, Landesinstitut,
Tel.: (0 40) 4 28 01 37 05, E-Mail: karsten.patzer@li-hamburg.de

Für Rückfragen der Medien:

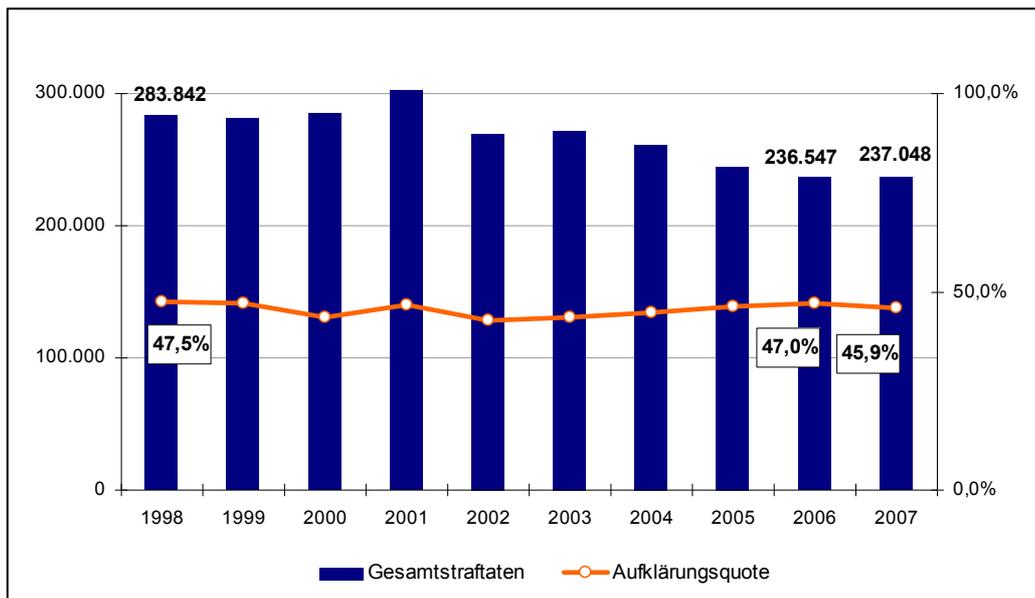
Alexander Luckow,
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Behörde für Bildung und Sport
Tel.: 040 / 428 63 – 20 03; Fax: - 41 32; alexander.luckow@bbs.hamburg.de
Internet: www.presse.hamburg.de ; www.bbs.hamburg.de

14. Februar 2008 / bfi14

Kriminalstatistik fast auf Vorjahresstand, geringfügige Steigerung um 0,2%

Sicherheit in Hamburg weiterhin auf hohem Niveau

Innensenator Udo Nagel, Polizeipräsident Werner Jantosch und der Leiter des Hamburger Landeskriminalamtes, Leitender Kriminaldirektor Reinhard Chedor, stellten heute die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2007 vor. Die registrierte Kriminalität stieg im Jahr 2007 geringfügig um 0,2 % (das entspricht 501 Taten) auf 237.048 Delikte an. Gleichzeitig ging die Aufklärungsquote um 1,1 Prozentpunkte auf 45,9 % leicht zurück.



Innensenator Udo Nagel: „Das Sicherheitsniveau in Hamburg für die Bürger und Gäste unserer Stadt ist gut. Nachdem wir im letzten Jahr die niedrigsten Zahlen seit 23 Jahren hatten, ist es unserer Polizei gelungen, diesen positiven Trend fast auf den Punkt genau zu bestätigen. Die konsequente Sicherheitspolitik und konsequente Verbrechensbekämpfung zahlt sich weiterhin aus. Seit 2001 ist die Zahl der Straftaten um mehr als 80.000 gesunken. Für diese Leistung danke ich den Mitarbeitern von Polizei und Innenbehörde.“

Diebstahlsdelikte - Anstieg um +1,0 % (+1.113 Fälle)

Nach fünf Jahren mit rückläufiger Entwicklung ist die Fallzahl beim Diebstahl im Jahr 2007 um +1,0 % auf +109.959 Fälle gestiegen. Der leichte Anstieg ergibt sich im Wesentlichen aus den gestiegenen Fallzahlen beim Wohnungseinbruch. Mit +979 Taten mehr als in 2006 ergab sich eine Steigerung von +20,7 % entspricht. Mit ursächlich waren mehrere Einbruchsserien im Sommer, die für die Steigerung verantwortlich waren. Auch bei Lauben und Wochenendhäusern stiegen die Zahlen nach Serientaten um +32,2% (+1.254 Fälle). Der Diebstahl von Kraftfahrzeugen ging um -12,8% (-300 Fälle) zurück. Das ist die niedrigste Zahl seit 1971. Das gilt auch für den Diebstahl am Kraftfahrzeug, hier wurde ein Rückgang von -16,4% (-979 Fälle) registriert. Bei den Diebstählen aus dem Kraftfahrzeug spielte auch im Jahr 2007 wieder der Diebstahl von Navigationsgeräten die größte Rolle (+0,5% / 106 Fälle).

Gewaltkriminalität - Rückgang um -1,2% (-112 Fälle)

Rückgänge der Fallzahlen gab es im letzten Jahr im Bereich der Gewaltkriminalität mit einem Rückgang um -1,2 % auf 8.866 Fälle. Um -61,1 % (-11 Fälle) sanken die Fallzahlen im Bereich Mord. Vergewaltigungen und besonders schwere Fälle sexueller Nötigung gingen deutlich um -30,1 % auf -195 Taten zurück (das ist der niedrigste Stand seit 1971).

Einen Anstieg der Fallzahlen registrierte die Polizei bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung auf 5.529 Taten, das entspricht einer Zunahme von +5,3 % bzw. +276 Fällen. Ein großer Teil der gefährlichen und schweren Körperverletzung wurde im Bereich der Reeperbahn begangen (+911 Fälle).

Bei den Tatverdächtigen unter 21 Jahren für den Deliktsbereich Gewaltkriminalität wurden 2007 insgesamt 3.048 Fälle gezählt. Damit stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr um +92 Fälle (+ 3,1 %).

Raubdelikte - Rückgang um -8,3% (-279 Fälle)

Rückläufig ist auch die Zahl der Raubdelikte um -8,3 % und die sonstigen Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen um -3,0 %. Noch deutlicher war die Abnahme der Fallzahlen beim Handtaschenraub, hier wurden 2007 insgesamt 32 Fälle weniger festgestellt. Das ist ein Rückgang von -15,7 %. Die konsequente Fortführung des Raubkonzepts der Hamburger Polizei zeigt weiterhin Wirkung. Die Fälle sind hier seit 7 Jahren rückläufig.

Rauschgiftkriminalität - Rückgang um -9,9% (-1.191 Fälle)

Die Rauschgiftdelikte nahmen um -9,9% auf 10.790 Fälle ab, beim illegalen Handel von Betäubungsmitteln wurden 2.035 Fälle und damit -437 (-17,7%) weniger als im Jahr 2006

festgestellt. Die kontinuierliche Arbeit der Polizei hat dazu geführt, dass es keine offenen Drogenszenen mehr gibt und auch kein wahrnehmbarer Drogenhandel in der Öffentlichkeit mehr festzustellen ist.

Sachbeschädigung – Anstieg um +9,3% (+2.214 Fälle)

Ein Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Sachbeschädigung um +2.214 Taten auf 26.061 Fälle entspricht einer Zunahme von +9,3 %. Der Anstieg ist überwiegend auf die leicht gestiegene Fallzahl bei den Sachbeschädigungen an Kraftfahrzeugen (+392 oder +4,2 %) auf 9.948 und Sachbeschädigungen durch Graffiti (Anstieg um +1.326 bzw. +38,2 %) auf 4.793 Taten zurückzuführen. Dabei spielt auch die Gesetzesnovellierung der Strafnorm, jedes Graffiti ist jetzt eine Sachbeschädigung, eine große Rolle.

Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) / Rechts – Rückgang um -20,9 % (-92 Fälle)

Dadurch ist die Steigung von 2006 so gut wie ausgeglichen worden. Bei der PMK / Links war im Jahr 2007 eine Steigerung um +198 Fälle (+77,7%) auf nun 453 Fälle zu verzeichnen. Dieser Anstieg steht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen des letzten Jahres wie ASEM, G-8-Gipfel und „Out of Control“.

Innensenator Udo Nagel: „Die aktuelle Kriminalitätsstatistik ist für mich eine Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der Hamburger Polizei und der Hamburger Sicherheitspolitik. Wir haben in den letzten Jahren ein stabiles Sicherheitsniveau erreicht und sind schon lange nicht mehr die Verbrechenhauptstadt Deutschlands. Hamburg boomt, und eine wachsende Stadt sollte auch eine sichere Stadt sein, nur so geht die Entwicklung weiter voran. Deshalb sorgen Innenbehörde und Polizei in Zusammenarbeit mit der Justiz für mehr Sicherheit und das bedeutet auch: mehr Lebensqualität für die Menschen in unserer Stadt.“

Rückfragen:

Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Reinhard Fallak, Tel: 040-42839-2266
Ulrike Sweden, Tel: 040-42839-2678
Internet: www.innenbehoerde.hamburg.de

11. Februar 2008/jb11

Stiftungshauptstadt Hamburg: 67 neu gegründete Stiftungen in 2007

Die Stiftungsmetropole Hamburg hat einen neuen Rekord zu verzeichnen: Noch nie wurden so viele Stiftungen ins Leben gerufen wie im vergangenen Jahr. Mit 67 Neugründungen in 2007 – das sind rund 45 % mehr als im Vorjahr – erreicht der Stiftungsboom einen weiteren Höchststand. Zum Stichtag 1. Januar 2008 engagierten sich 1.077 Stiftungen in der Hansestadt.

Das Stiftungswesen in Hamburg hat eine lange Tradition. Immer mehr Menschen entscheiden sich, ihr Vermögen in eine eigene Stiftung zu geben und auf diese Weise das gesellschaftliche Leben der Stadt mitzugestalten. Das Gesamtvermögen der Hamburger Stiftungen beläuft sich jetzt auf rund € 4,6 Milliarden. Davon kommen etwa 40 % sozialen Zwecken zugute.

In den vergangenen Jahren ist in Hamburg ein rechtliches und organisatorisches Umfeld entstanden, das diesen Gedanken fördern soll: Ein liberales Stiftungsrecht und eine konzentrierte Stiftungsaufsicht gewährleisten ein unkompliziertes und zügiges Verfahren und eine einheitliche Anlaufstelle für alle stiftungsrechtlichen Angelegenheiten. Für die Gründung einer gemeinnützigen Stiftung werden seit gut einem Jahr keine Verwaltungsgebühren mehr erhoben. Darüber hinaus hat sich Hamburg auf Bundesebene erfolgreich dafür eingesetzt, den Steuerfreibetrag bei Spenden in den Vermögensstock einer Stiftung auf € 1.000.000,- anzuheben.

Justizsenator Carsten Lüdemann: „Hamburgs Stifter und ihre ehrenamtlichen Mitstreiter stehen für mich in der langen Tradition bürgerschaftlichen Engagements in unserer Stadt. Mit unserer stiftungsrechtlichen Devise ‚So viel Freiraum wie möglich, so wenig Bürokratie wie möglich‘ möchten wir dazu beitragen, diese Tradition fortzuführen. Über das gute Ergebnis im vergangenen Jahr freue ich mich sehr.“

Weitergehende Informationen rund um das Stiftungswesen in der Hansestadt sind im Internet unter www.stiftungen.hamburg.de sowie in dem Flyer „Stiften in der Stiftungshauptstadt“ verfügbar.

Rückfragen an:

Dr. Kathrin Sachse · Tel: 42843-3143 · Mobil: 0172/4327953

Kathrin.Sachse@justiz.hamburg.de · www.justizbehoerde.de

14. Februar 2008 / lv14

EU-Reformvertrag: Hamburg für die möglichst schnelle Ratifizierung

Bundesrat am Freitag: Der Reformvertrag von Lissabon macht die EU fit für die Globalisierung / Beratung über erneuerbare Energien: Hamburg forciert den Klimaschutz / Erbschaftssteuer: Unterstützung für kleine und mittelständische Betriebe

In der 841. Bundesratssitzung am Freitag, 15. Februar 2008, setzt sich Hamburg für eine möglichst rasche Ratifikation der EU-Reform („Lissabon-Vertrag“) ein, welche die EU effizienter, demokratischer und stärker macht. Im Bereich des Klimaschutzes drängt die Freie und Hansestadt auf die Ausweitung von Klimaschutzmaßnahmen: Auch ältere, bereits bestehende Gebäude sollen mehr erneuerbare Energien wie zum Beispiel die Solarenergie oder Erdwärme nutzen. Und bei der Erbschaftssteuer setzt sich Hamburg mit einem eigenen Antrag insbesondere für kleine Betriebe ein. Die 841. Bundesratssitzung wird vom Bundesratspräsidenten, **Hamburgs Erstem Bürgermeister Ole von Beust**, geleitet. Neben dem Ersten Bürgermeister nehmen auch **Wissenschaftssenator Jörg Dräger, Ph.D.**, und der **Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Reinhard Stuth**, an der Sitzung teil.

„Erneuerbare Energien viel stärker nutzen“ – Hamburg forciert den Klimaschutz: Mehr Sonne und Erdwärme für *alle* Häuser, nicht nur für Neubauten

Im Bundesrat wird am Freitag ebenfalls das umfangreiche Umwelt- und Klimaschutzpaket der Bundesregierung beraten. Dazu gehört der Entwurf des Erneuerbaren-Energie-Wärmegesetzes. Hintergrund sind die ehrgeizigen Energie- und Klimaschutzziele, die die Bundesregierung im August 2007 in Meseberg beschlossen hat. Unter anderem soll die Energie effizienter genutzt und die erneuerbaren Energien stärker zum Einsatz kommen. Hamburg setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass auch die Eigentümer bestehender Gebäude ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Mit dem Gesetz soll der Anteil

erneuerbarer Energien am Wärmebedarf von Gebäuden deutlich erhöht werden. Erneuerbaren Energien stellen zurzeit lediglich 6 Prozent an Wärme bereit, dieser Anteil soll bis 2020 auf 14 Prozent steigen. Der Gebäudesektor macht zum Beispiel in Hamburg mehr als ein Viertel des Endenergieverbrauchs aus, damit ist dieser Sektor ein zentraler Hebel für wirksame Klimaschutzmaßnahmen.

Der Gesetzentwurf, der morgen im Bundesrat beraten wird, sieht vor, dass Eigentümer von Neubauten verpflichtet werden, den Wärmeenergiebedarf zu einem Teil aus erneuerbaren Energien (Sonnenkollektoren, Biomasse, Erd- und Umweltwärme) zu beziehen. Ersatzmaßnahmen (Abwärme, Kraft-Wärme-Koppelung, Energieeffizienz zum Beispiel durch Dämmung) werden angerechnet. Sollte die Durchführung technisch oder rechtlich nicht möglich sein oder es ausnahmsweise eine große soziale Härte für den Eigentümer bedeuten, entfällt die Pflicht.

Hamburg unterstützt den Gesetzentwurf, sieht aber vor allem bei bestehenden Gebäuden Nachholbedarf. Denn das eigentliche Klimaschutz-Potenzial liegt im Gebäudebestand. Denn: Rechnerisch macht der Neubau weniger als 1 Prozent des Gebäudegesamtbestands aus. Aus diesem Grund hält Hamburg die Einbeziehung des Gebäudealtbestands für unerlässlich. Nur wenn das Potenzial von über 90 Prozent der Gebäude ausgenutzt wird, können die Klimaschutzziele erreicht werden. Der überwiegende Teil der alten Gebäude entspricht nicht dem neuesten Standard bei der Energieeinsparung.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Reinhard Stuth: „Wenn der Anteil erneuerbarer Energien bei der Wärmeversorgung bis 2020 tatsächlich erreicht werden soll, so muss der Gebäudebestand zwingend einbezogen werden. Gerade die im Bereich der erneuerbaren Wärmeenergie vorhandenen Klimaschutzziele müssen voll ausgeschöpft werden – auch und gerade bei alten Häusern.“

Staatsrat Reinhard Stuth: „Damit die EU fit ist für die Globalisierung: Wir brauchen die schnelle Ratifizierung des Vertrags von Lissabon“

Hamburg setzt sich im Bundesrat für eine baldige Ratifizierung des Vertrages von Lissabon ein, damit dieser noch vor den Europawahlen 2009 in Kraft tritt. Durch den Reformvertrag erhält Europa mit dem ständigen Ratsvorsitz und dem Beauftragten für die Außenpolitik ein Gesicht, das die EU nach außen repräsentiert und mit dem sich die EU-Bürger identifizieren

können. Die Beteiligung des Europäischen Parlaments bei fast allen gesetzgeberischen Entscheidungen und die doppelte Mehrheit im Ministerrat erhöhen die demokratische Legitimität der EU. (Der Begriff der „doppelten Mehrheit“ bezeichnet ein Abstimmungsverfahren, bei dem für eine Beschlussfassung Stimmenmehrheiten nach zwei unterschiedlichen Kriterien notwendig sind. Diese Form einer qualifizierten Mehrheit wird bereits in der Schweiz angewendet und soll ab 2014 für Mehrheitsbeschlüsse im Rat der Europäischen Union gelten. Kennzeichnend ist, dass für eine Beschlussfassung sowohl eine Mehrheit der Stimmbürger, als auch eine Mehrheit der Mitgliedsländer der Gemeinschaft notwendig ist. Die qualifizierte Mehrheit gilt künftig als erreicht, wenn ein Beschluss von 55 Prozent der Mitgliedsstaaten und damit mindestens 15 Mitgliedern unterstützt wird und diese Mehrheit gleichzeitig mindestens 65 Prozent der Bevölkerung der Union repräsentiert.)

Die im Lissabon-Vertrag vorgesehene klare Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten wie auch die Stärkung der Mitsprache der nationalen Parlamente verdeutlichen, welche Instanz für welche politische Entscheidung zuständig ist. Mit dem Vertrag von Lissabon müssen Bund und Länder einige Fragen neu klären: Bei welchen EU-Vorhaben soll der Bund die Länder konsultieren? Wann sind die Länderkompetenzen im Schwerpunkt betroffen und was folgt daraus? Wie können die Länder wirksam in Beitritts- und Vertragsverhandlungen einbezogen werden? Hamburg wird zu einer einvernehmlichen Lösung dieser noch offenen Fragen zwischen Bund und Ländern beitragen.

Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, bei der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, Staatsrat Reinhard Stuth:

„Der Vertrag von Lissabon gibt eine überzeugende Antwort auf die Herausforderungen für die EU: Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz in einer erweiterten Union. Er stellt einen Kompromiss dar, der die wichtigsten Elemente des EU-Verfassungsvertrages aufnimmt und zugleich die Vorbehalte einiger Mitgliedstaaten ausräumt. Wenn die EU so fit gemacht wird für die Globalisierung, braucht Hamburg keine Risiken zu fürchten und kann die Chancen optimal nutzen. Deshalb setzt sich Hamburg im Bundesrat für eine rasche Ratifizierung des Reformvertrages ein.“

Erbschaftssteuer: Hamburg unterstützt die kleinen und mittelständischen Betriebe

Der Bundesrat berät morgen ebenfalls die Änderung des Erbschaftssteuerrechts. Das Erbschaftssteuerrecht und die zugrunde liegenden Bewertungsregelungen werden grundlegend neu gefasst. Damit wird einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts Rechnung getragen, das eine verfassungskonforme, realitätsgerechte Berechnung aller Vermögensarten angemahnt hat. Die Freibeträge, insbesondere im engeren Familienkreis,

werden deutlich erhöht und die Unternehmensnachfolge bei Fortführung des Betriebes erbschaftsteuerlich spürbar erleichtert. Das Gesetz ist für Hamburg wichtig, da die Einnahmen ausschließlich den Bundesländern zufließen.

Hamburg hat sich vor allem für die steuerliche Begünstigung des Übergangs von kleinen und mittelständischen Betrieben an Nachfolger eingesetzt, die an den langfristigen Erhalt der dortigen Arbeitsplätze geknüpft ist. Allerdings sollen die so genannten „Verschonungsregeln“ noch stärker an den Belangen des Mittelstands ausgerichtet werden und das Gesetz für Wirtschaft und Verwaltung zugleich administrativ einfacher gestaltet werden. Hamburg wird daher im Bundesrat das Petitum unterstützen, den Nachweis der Fortführung des Betriebs auf zehn Jahre zu beschränken, wie dies im Übrigen für den Erhalt der Arbeitsplätze ohnehin vorgesehen ist. **Der Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, Staatsrat Reinhard Stuth:** „In diesem Zusammenhang liegen uns speziell die kleinen Betriebe am Herzen. Mit einem Antrag, für kleine Unternehmen mit einem Betriebsvermögen bis zum Verkehrswert von 150.000 Euro eine auf fünf Jahre befristete, erleichterte Überwachung für die Verschonung von der Erbschaftsteuer zu ermöglichen, setzt sich Hamburg morgen im Bundesrat besonders für kleine Betriebe ein. Dabei rechne ich mit einer breiten Unterstützung.“

Für Rückfragen:

Christof Otto, Sprecher des Senats, Telefon 0 40 – 4 28 31-22 41

sowie:

**Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund,
Marco Haase, Referent für Inneres, Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Tel. 0 30 – 2 06 46-110**

12. Februar 2008/pr12

Abkommen mit St. Petersburg: Neue Grundlage für die lange Städtepartnerschaft

Seit mehr als 50 Jahren besteht die Städtepartnerschaft zwischen Hamburg und dem russischen St. Petersburg. Auf Initiative von St. Petersburg wird sie nun auf eine neue rechtliche und politische Grundlage gestellt: Der Senat hat heute eine „Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen St. Petersburg und Hamburg“ beschlossen und den Ersten Bürgermeister Ole von Beust ermächtigt, das Abkommen zu unterzeichnen.

Staatsrat Reinhard Stuth, Bevollmächtigter beim Bund, der Europäischen Union und für Auswärtige Angelegenheiten, sagte: „Die Freundschaft mit St. Petersburg ist sehr lebendig. Das haben nicht zuletzt die Feiern im vergangenen Jahr zum 50jährigen Bestehen der Partnerschaft gezeigt. Durch das Abkommen sichern wir diese hervorragende Zusammenarbeit rechtlich und politisch langfristig ab und legen zugleich fest, auf welchen Gebieten wir uns gemeinsam engagieren und austauschen wollen. Dazu gehören unter anderem Themen wie Wirtschaft, Wissenschaft, Verkehr, Soziales, Klimaschutz sowie Jugend und Kultur.“ Wie Staatsrat Stuth weiter erläuterte, sollen auf der Basis des Abkommens alle zwei Jahre konkrete Protokolle erstellt werden, in denen Projekte wie Schüleraustausch oder kulturelle Initiativen festgeschrieben und die Zuständigkeiten zugeordnet werden. „Das erste Protokoll soll im Frühjahr fertig gestellt sein, so dass die konkrete Zusammenarbeit intensiv fortgeführt wird“, fügte Stuth hinzu.

Bürgermeister von Beust wird das Abkommen in den nächsten Tagen unterzeichnen.

Für Rückfragen:
Pressestelle des Senats
Ruth Henn
040/42831-2241

11. Februar 2008/kb11

Hamburger Babys wachsen mit Büchern auf

Erste Evaluationsergebnisse zum Leseförderprojekt Buchstart

Vor einem Jahr startete in Hamburg das bundesweit beachtete Leseförderprogramm *Buchstart*. Seitdem wurden von den rund 150 teilnehmenden Hamburger Kinderärzten im Rahmen der Routineuntersuchung U6 gut 18.000 Buchstart-Taschen an junge Eltern verteilt. Ziel von Buchstart ist es, junge Familien für die Bedeutung von Leseförderung zu sensibilisieren und die Kinder so früh wie möglich mit Büchern in Kontakt zu bringen. Das Besondere: Gleich zu Beginn begleitete ein Forscherteam der Hamburger Klinik und Poliklinik für Kinder- und Jugendpsychosomatik am UKE das vom Senat im Rahmen des Projekts Lebenswerte Stadt geförderte Vorhaben. Ein erstes, wichtiges Ziel der Evaluation war es, Erkenntnisse zur Leseerziehung und zum Leseverhalten sowie zur Akzeptanz des Buchstart-Angebotes bei jungen Eltern zu sammeln. Heute legten die Forscher hierzu einen ersten Evaluationsbericht vor. Ausgewertet wurden die Antworten auf eine schriftliche Befragung von 766 teilnehmenden Eltern und 65 Kinderärzten.

Ergebnisse:

Fast alle Eltern (95 Prozent) gaben an, sich bereits Bilderbücher mit ihren etwa einjährigen Kindern anzuschauen. Der erste Kontakt mit Bilderbüchern findet durchschnittlich mit etwa 6,5 Monaten statt. Im Mittel schauen sich die Eltern jeden Tag 12,5 Minuten lang ein Kinderbuch mit ihrem Baby an, wobei 85 Prozent der Eltern ihre Kinder dabei auf dem Schoß halten. Drei Viertel der Eltern (73 Prozent) erzählen während des Bilderbuch-Anschauens häufig oder immer etwas über den vorliegenden Text hinaus. Fast jedes Kind (84 Prozent) will beim Bücheranschauen häufig oder immer erkennbar mitmachen. 83 Prozent der Eltern nutzen das Bilderbuch-Anschauen häufig oder immer zum gemeinsamen Kuschneln. Ein Drittel (37 Prozent) der Eltern hat ein festes Leseritual. Von ihnen sind 85 Prozent der Eltern fest der Überzeugung, beim Bücher anschauen mit ihrem Kind alles richtig zu machen. Nicht nur das Leseverhalten wurde abgefragt, auch andere Beschäftigungen der Eltern mit ihren Kindern. Ergebnisse der Umfrage: Statistisch singen Eltern 11-mal wöchentlich ihrem Kind etwas vor, werden 9-mal Kinder- oder Kniereiterspiele gespielt, hören die Kinder 3,6 Stunden lang Geschichten oder Lieder auf CD oder Kassette und schauen die Kleinen 1,3

Stunden Fernsehen. Laut Ärztebefragung reagieren 99% der Eltern positiv auf das Angebot, mehr als ein Drittel fragt von sich aus nach der Buchstart-Tasche (36%).

Das Hamburger Buchstart-Modell hat sich bereits in weiteren Städten etabliert. In Celle werden die Buchstart-Taschen über Kinderärzte bereits verteilt. In Nienburg wird das Projekt demnächst eingeführt. Außerdem wurde Buchstart in Hamburg als ein Standort im bundesweiten Wettbewerb *Land der Ideen* ausgewählt.

Rückfragen

Björn Marzahn, Pressesprecher der Kulturbehörde, Tel.: 040 – 428 24 207
www.kulturbehoerde.hamburg.de

Nina Kuhn, literaturkontor, Tel.: 040-679 565 - 07
www.buchstart-hamburg.de

12. Februar 2008/kb12

Netzwerk verbindet Schulen mit Kultureinrichtungen

Kultursenatorin trifft „Kulturpartner“ der Schulen

Kultursenatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hat sich heute mit rund 200 Lehrern aus Hamburger Schulen im Wilhelmsburger Bürgerhaus getroffen, um über Erfahrungen der kulturellen Projektarbeit in Schulen zu sprechen und sich über die Pilotschulen Kultur sowie die Projekte TuSch (Theater und Schule) und MUS-E auszutauschen.

Mit Blick auf das „Jahr der Künste 2009“, das die Behörde für Bildung und Sport (BBS) ausgerufen hat, haben die beteiligten Lehrer, die so genannten „Kulturpartner“ über denkbare Wege zu einer Kulturschule, ein mögliches Kulturoberstufenprofil und die Anschlussfähigkeit der Aktion „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKI) diskutiert.

Ziel des Treffens war auch eine zunehmende Kooperation und bessere Vernetzung zwischen den beteiligten Behörden, Schulen, Kultureinrichtungen und Akteuren der Kinder- und Jugendkultur, um die schulische Entwicklung im Bereich der kulturellen Bildung zu fördern und den Kontakt zwischen den Schulen, Kultureinrichtungen der Stadt sowie der freien Künstlerszene zu stärken. **Kultursenatorin Prof. Dr. Karin v. Welck sagte im Rahmen der Veranstaltung:** „Die Schule ist ein zentraler Ort im Leben von Kindern und Jugendlichen. Hier können kulturelle Angebote junge Menschen direkt erreichen, sie an Kunst und Kultur heranführen und ihnen Entfaltungsmöglichkeiten aufzeigen. Dass viele Hamburger Schulen bereits jetzt kulturelle Aktivitäten verfolgen und so ihre eigene „Schulkultur“ geschaffen haben, ist ein Erfolg, der sich mit Hilfe der Kulturpartner im ganzen Stadtgebiet durchsetzen kann.“

Die „Kulturpartner“ sind direkte Ansprechpartner für Schüler, Lehrer und Kultureinrichtungen gleichermaßen. Sie setzen sich aktiv für die Wahrnehmung kultureller Angebote durch Schülerklassen ein, in dem sie Angebote recherchieren, Informationen aktualisieren, aber auch Fragen beantworten und Kontakte herstellen, um bei der Umsetzung eigener Ideen und Wünsche der Schüler zu helfen.

Neben der Idee der Kulturpartner gibt es seit 2004 auch eine Datenbank für kulturelle Projektarbeit (www.kulturnetz.hamburg.de), die vom Jugendinformationszentrum (JIZ), der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendkultur e.V. (LAG) und der Kulturbehörde angelegt wurde. Diese Datensammlung dient der Kontakterschließung zwischen Bildungsträgern, Kultureinrichtungen und Künstlern und wird laufend durch good-practice-Beispiele ergänzt.

Für Rückfragen:

Björn Marzahn,

Pressesprecher der Kulturbehörde, 040 – 428 24 207

Eissporthalle Farmsen wird mit städtischem und privatem Kapital modernisiert

Die 30 Jahre alte Eissporthalle Farmsen wird für insgesamt 700.000 Euro modernisiert. Der Umbau der im Oktober 1978 errichteten Halle ist unter anderem notwendig, damit die 1.800 m² große Eisfläche künftig größeren Publikumsandrang bewältigen kann. Zu diesem Zweck werden der Eingangs- und der Gastronomiebereich umgebaut, zudem entstehen eine 60 m² große Eislauffläche speziell für Kinder sowie eine Sonnenterrasse. Auch die Außenfassade wird überholt.

Die bisherige Belegung der Farmsener Eissporthalle wird sich verändern: Mit dem DEL-Team der Hamburg Freezers zieht sich einer der wichtigsten Nutzer voraussichtlich Ende 2008 aus der Halle zurück um dann nur noch in der zurzeit im Bau befindlichen Volksbank-Arena im Volkspark Hamburg zu trainieren. Die dadurch frei werdenden Eiszeiten können verstärkt von Eislaufreunden, insbesondere auch von Schulen und Vereinen genutzt werden.

Die Stadt Hamburg beteiligt sich mit 400.000 Euro aus dem Innovationsfonds „Wachsende Stadt“ an den Umbaukosten, 300.000 Euro stammen aus dem Vermächtnis des 2006 verstorbenen Hamburger Verlegers John Jahr junior. Die Bauarbeiten beginnen voraussichtlich Ende des Jahres, sobald die Freezers ihren Trainingsbetrieb in die Volksbank-Arena verlegt haben. Derzeit trainieren in der Halle acht Schulen und zehn Vereine mit diversen Klassen und Mannschaften. Betreiber der Halle ist die Bäderland Hamburg GmbH.

„Die Eissporthalle Farmsen ist als Sport- und Trainingsstätte im Hamburger Osten sehr wichtig. Sie wird durch den Umbau für das breite Publikum und auch den Schulsport wesentlich attraktiver werden. Ich bin froh, dass wir diese Aufwertung mit Hilfe der Familie Jahr gestalten können und möchte ihr ausdrücklich für dieses Beispiel hanseatischen Mäzenatentums danken“, sagt **Sportsenatorin Alexandra Dinges-Dierig**.

Rückfragen der Medien:

Alexander Luckow, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Behörde für Bildung und Sport
Tel.: 040 / 428 63 – 20 03; Fax: - 41 32; alexander.luckow@bbs.hamburg.de
Internet: www.presse.hamburg.de ; www.bbs.hamburg.de

Terminkalender

Vom 18. Februar bis 23. Februar 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 18.02.2008

- 09:00** Berlin, Bundesrat
Senator Jörg Dräger, Ph.D. (Cornell U.) nimmt teil an der **konstituierenden Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK)**.
- 11:00** Senioren Centrum Finkenau, Finkenau 19
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram spricht ein Grußwort anlässlich der **Grundsteinlegung des Neubaus des Senioren Centrums Finkenau**.
- 11:00** Rathaus, Turmsaal
Senator Gunnar Uldall überreicht das Bundesverdienstkreuz an **Dr. Justus Warburg**.
- 13:00** Hotel Vier Jahreszeiten, Neuer Jungfernstieg 9-14
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram hält beim Rotary Club Alstertal einen Vortrag zum Thema **„Aktuelle Herausforderungen in der Sozialpolitik“**
- 13:30** Flughafenstr. 1 - 3, 22335 Hamburg
Senator Dr. Michael Freytag spricht bei der **Feier anlässlich des Spatenstichs für das neue Flughafenhotel Hamburg**.

Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach und Staatsrat Christoph Ahlhaus nehmen teil.
- 13:00** Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaft, Berlin
Senator Jörg Dräger, Ph.D. (Cornell U.) hält einen **Vortrag zu „Exzellenz braucht Freiräume – Leitlinien für die deregulierte Hochschule“**.
- 16:00** Hamburg Wasser, Billhorner Deich 2
Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach hält ein Grußwort anlässlich der Abschlussveranstaltung des **EU-Projektes „Urban Water Cycle“**
- 16:30** Rathaus, Großer Festsaal
Staatsrat Reinhard Stuth begrüßt zum Vortrag **„Deutschlands Verantwortung im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“** von **Dr. Franz Josef Jung**, Bundesminister der Verteidigung.
- 17:00** Helmut-Schmidt-Universität, Rodigallee 98, 22043 Hamburg
Senator Udo Nagel nimmt als **Schirmherr am Neujahrsempfang des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr** teil und hält ein Grußwort.

- Staatsrat Christoph Ahlhaus nimmt teil.
- 19:00** AMTV-Zentrum, Rahlstedter Str. 159, 22143 Hamburg
Staatsrat Andreas Ernst hält anlässlich des **Neujahrsempfang des Altrahlstedter Männerturnvereins von 1893 ein Grußwort.**
- 19:00** Landesvertretung Hamburg, Berlin
Senator Jörg Dräger, Ph.D. (Cornell U.) spricht ein Grußwort anlässlich der **Präsentation der Europe-China School of Law (ECSL).**
- 19:30** Landesvertretung Niedersachsen, Bei den Ministergärten 10, Berlin
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **51. Defftig Ollnborger Gröönkohl-Äten.**

Dienstag, den 19.02.2008

- 11:30** Rathaus, Turmsaal
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram überreicht den **Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland an Frau Buck und Herrn Ehnert für langjähriges ehrenamtliches Engagement.**
- 14:00** Rathaus
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig überreicht das Bundesverdienstkreuz an **Gunther Persiehl.**
- 15:00** Media Docks, Willy-Brandt-Allee 31a, Lübeck
Staatsrat Gunther Bonz hält ein Grußwort beim **Trendtag der Ernährungswirtschaft.**
- 16:30** Hotel Hafen Hamburg
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Hauptversammlung der IG St. Pauli und Hafenmeile e.V..**
- 16:30** Hamburger Rathaus, Kaisersaal
Staatsrat Dr. Roland Salchow hält ein Grußwort anlässlich des Senatsempfangs zur **Eröffnung des neuen deutsch-chinesischen Masterstudienganges an der International Academy for Performing Arts der Hochschule für Musik und Theater.**
- Staatsrat Reinhard Stuth und Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck nehmen teil.
- 18:15** Behörde für Bildung und Sport, Hamburger Straße 31
Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck spricht ein **Grußwort zur Plenumsitzung der Elternkammer Hamburg.**
- 20:00** Alsterhaus
Bürgermeister Ole von Beust und Senatorin Alexandra Dinges-Dierig besuchen den **Medientreff** im Alsterhaus.

Mittwoch, den 20.02.2008

- 12:00** Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung, Felix-Dahn-Straße 3, 20357 Hamburg
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig hält anlässlich der **Urkundenübergabe an die Schüler-Streitschlichter ein Grußwort.**

- 14:00** Pflegeheim Moosberg, Moosberg 3
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram besucht auf **Einladung des Freundeskreises, das Pflegeheim Moosberg.**
- 16:00** Hotel Hafen Hamburg
Staatsrat Dietrich Wersich eröffnet die **Jahrestagung „Netzwerk Diabetischer Fuß“** mit einem Grußwort.
- 16:00** Nagelsweg, Hamburg
Senator Gunnar Uldall hält ein **Grußwort anlässlich des 75jährigen Bestehens der HUK-Coburg Versicherung.**
- 17:00** Altonaer Kinderkrankenhaus, Bleickenallee 38
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram nimmt an dem **Frühjahresempfang des Altonaer Kinderkrankenhauses** teil.
- 17:00** Winterhuder Kai 15, Feuerzeugmuseum
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht das **Feuerzeugmuseum.**
- 18:45** Rathaus, Großer Festsaal
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram begrüßt **Valery Giscard d'Estaining** aus Anlass einer Veranstaltung des Übersee-Club im Hamburger Rathaus.
- 19:00** Color Line Arena, Sylvesterallee 10, 22525 Hamburg
Staatsrat Andreas Ernst besucht das **HSV-Handball Spiel gegen Portland San Antonio.**
- 19:00** Berlin, Landesvertretung
Staatsrat Reinhard Stuth begrüßt anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zu einer **szenischen Lesung mit dem Titel „Bitte nicht wecken“** (Dokumentarstück zu den Suiziden Hamburger Juden 1937-1945), Buch und Regie Michael Batz.
- Donnerstag, den 21.02.2008**
- 10:00** Rathaus
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig unterzeichnet den **Bewerberstadtvertrag „Universiade“.**

Staatsrat Andreas Ernst nimmt teil.
- 12:00** Saseler Kamp 2, 22393 Hamburg
Senator Udo Nagel hält anlässlich des **Spatenstichs für den Erweiterungsbau der Feuer- und Rettungswache Sasel** ein Grußwort.

Staatsrat Christoph Ahlhaus nimmt teil.
- 12:30** Rathaus, Turmsaal
Staatsrat Reinhard Stuth gibt ein **Senatsfrühstück für die neuen Konsulatsleiter** in Hamburg.
- 14:30** Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Berliner Tor 5, 20099 Hamburg

Staatsrat Dr. Michael Voges hält anlässlich des **Aktionstages „Schulverpflegung“** ein Grußwort.

15:00 PIK AS, Neustädter Str. 31a
Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram **eröffnet mit einem Grußwort die neuen Räume der Mission „Künstlerische Maßnahmen gegen Kälte“ im Pik As.**

15:30 Rathaus, Hamburg
Senator Carsten Lüdemann ist Gastgeber beim **Senatsempfang für ehrenamtliche Helfer im Strafvollzug.**

Staatsrat Dr. Stefan Schulz nimmt teil.

19:00 Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 19
Staatsrätin Dr. Herlind Gundelach **referiert auf Einladung des Bürgervereins zur Zukunft Wilhelmsburgs.**

Freitag, den 22.02.2008

09:00 Brüssel, Berlaymont-Gebäude
Staatsrat Reinhard Stuth trifft die Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik der Europäischen Kommission, **Benita Ferrero-Waldner.**

11:00 Messehallen, Rentzelstraße, 20357 Hamburg
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig eröffnet die **Messe „Einstieg“** und nimmt am anschließenden Rundgang teil.

14:30 Berlin, Landesvertretung Hamburg beim Bund
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an der **Vorstandsklausur des Deutschen Evangelischen Kirchentags**, die am 23.02.2008 fortgesetzt wird.

16:00 Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig hält anlässlich der **Ausstellung „Mathematik zum Anfassen“** ein Grußwort.

17:00 Universität, Rothenbaumchaussee 34
Bürgermeisterin Birgit Schnieber Jastram spricht anlässlich der **Jubiläumsfeier 60 Jahre Akademikerinnenbund Hamburg** ein Grußwort.

19:00 Rathaus
Senatorin Alexandra Dinges-Dierig hält anlässlich der **Preisverleihung des German Offshore Award** ein Grußwort.

Samstag, den 23.02.2008

10:00 Sporthalle Hamburg, Krochmannstraße 55, 22297 Hamburg
Staatsrat Andreas Ernst besucht den **Judo Otto World Cup Hamburg.**

14:00 Hotel Lindtner, Heimfelder Straße 123, 21075 Hamburg
Senator Nagel hält ein **Grußwort bei der Mitgliederversammlung des Fahrlehrerverbandes.**

20:00

Thalia Theater, Alstertor

Prof. Dr. Karin v. Welck und Staatsrat Dr. Detlef Gottschalck besuchen die
Premiere „Endstation Sehnsucht“.